



# Fokus Migration in sexueller Bildung und Beratung

Barrieren identifizieren, kritisieren, überwinden

Fokus Migration in sexueller Bildung und Beratung

**BARRIEREN** IDENTIFIZIEREN,  
KRITISIEREN, **ÜBERWINDEN**

Fachtagung

6. Dezember 2016

Frankfurt am Main



---

Impressum

**pro familia**  
Bundesverband

pro familia Bundesverband  
Stresemannallee 3  
60596 Frankfurt am Main

E-Mail: [info@profamilia.de](mailto:info@profamilia.de)  
[www.profamilia.de/Publikationen](http://www.profamilia.de/Publikationen)  
© 2016

Gefördert vom



## Fokus Migration in sexueller Bildung und Beratung

Barrieren identifizieren, kritisieren, überwinden

pro familia Fachtagung, 6. Dezember 2016, Frankfurt am Main

<b>Einführung</b>	Zum Thema .....	4
<b>Begrüßung</b>	Davina Höblich, Bundesvorstand pro familia .....	5
<b>Vortrag 1</b>	Homophobie, Sexismus und Antisemitismus am Beispiel des antimuslimischen Rassismus. Ist es möglich über Homophobie, Sexismus und Antisemitismus zu sprechen, ohne rassistische Bilder, Argumente und Einstellungen zu bedienen? Zülfukar Çetin .....	7
<b>Worldcafé 1</b>	Dem Anderen auf Augenhöhe begegnen .....	12
<b>Vortrag 2</b>	Jugendliche zwischen Religion und Extremismus. Ursachen, Praxiserfahrungen und Handlungsempfehlungen Hakan Celik .....	15
<b>Worldcafé 2</b>	Vernetzung, Lernbereitschaft, Akzeptanz: die Ressourcen professionellen Handelns .....	19
<b>Vortrag 3</b>	Jeder hat ein Recht auf sexuelle Gesundheit. Zugangsbarrieren und Chancen im Zugang zu HIV- und STI-Testangeboten für Migrant_innen Navina Sarma .....	21
<b>Resümee</b>	Menschenrechtliche Werte im Mittelpunkt .....	26
<b>Anhang</b>	Literatur .....	29
	Vortragende und Organisation .....	30



## Zum Thema

Die Fachtagung thematisierte pädagogische und beraterische Angebote zu Sexualität und Familienplanung auf Grundlage eines umfassenden Verständnisses von Sexualpädagogik und psychosozialer Beratung. Dieses nimmt Bezug auf den Orientierungsrahmen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR), der auf die internationale Bevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen in Kairo (1994) zurückgeht. Auf dieser Grundlage dienen pädagogische und beraterische Angebote zu Sexualität und Familienplanung der Umsetzung und Stärkung von menschenrechtlichen Werten und Normen.

Auf die Kairoer Konferenz beziehend verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen 2015 die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (UN 2015). Sie verpflichtet nicht nur die Länder des globalen Südens sondern auch alle Industrieländer zur Umsetzung von 17 Zielen, den Sustainable Development Goals (SDG). Darin heißt das Ziel Nummer 5: „Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen“ und Unterziel 5.6. verlangt von den Staaten: „Den allgemeinen Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit

und reproduktiven Rechten gewährleisten, wie im Einklang mit dem Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung, der Aktionsplattform von Beijing und den Ergebnisdokumenten ihrer Überprüfungskonferenzen vereinbart.“ (UN 2015, Seite 19) Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte sind eng mit der Forderung nach Gleichberechtigung von Frauen und Männern verknüpft.

Ausgehend von der Überzeugung, dass sich Sexualität und Familienplanung unter sozialen und transkulturellen Einflüssen stets weiterentwickeln, sollte die Fachtagung Wissen über migrantische Lebenswelten aktualisieren und ein Forum für Auseinandersetzungen zu durchaus auch strittigen Themen bieten. Hierbei sollten besonders Voreinstellungen und Zuschreibungen hinterfragt werden, die Ausgrenzung und Diskriminierungen weitertragen und verstärken und den sexuellen und reproduktiven Rechten entgegenwirken können. ■

Begrüßung

©: pro familia Archiv



**Davina Höblich**

Prof. Dr. Davina Höblich ist Professorin an der Hochschule Rhein-Main mit den Schwerpunkten Bildung, Ethik und Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Sie ist stellvertretende Vorsitzende des pro familia Bundesverbands.

Ich begrüße Sie herzlich zur heutigen Fachtagung. Sexualität und Familienplanung entwickeln sich unter sozialen und transkulturellen Einflüssen stetig weiter. In den letzten drei Jahrzehnten hat sich Deutschland von einem Gastarbeiter- und Zuwanderungsland zu einem Einwanderungsland modernen Typs entwickelt. Damit geht die Anforderung migrations- und kultursensibler Ausrichtung von Angeboten der Regelstruktur einher, die angesichts der Entwicklung in den letzten Monaten noch drängender geworden sind.

Als Gründungsmitglied der International Planned Parenthood Federation (IPPF) engagiert sich pro familia für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte und verfolgt einen menschenrechtsorientierten, internationalen Ansatz. Entsprechend sprach sich die diesjährige Bundesdelegiertenversammlung der pro familia in ihrem Lübecker Beschluss für die Weiterentwicklung migrations- und kultursensibler Angebote aus und darüber hinaus für ein kritisches Engagement zur Stärkung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte von Menschen mit Migrationshintergrund mit und ohne Fluchterfahrung. Konkret wird sich der Bundesverband für die gesellschaftliche Stärkung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte von Migrant\_innen einsetzen, die Entwicklung geeigneter Instrumente und Standards vorantreiben, sich für einen Rechtsanspruch auf Kostenübernahme von Verhütungsmitteln bei einkommensschwachen Menschen engagieren, den Ausbau von Vernetzung und Informationsaustausch zu migrations- und kultursensiblen Angeboten fördern und weiterentwickeln. Auch die Landesverbände haben sich im Lübecker Beschluss dazu

verpflichtet, in den nächsten fünf Jahren ihre Angebote migrations- und kultursensibel weiterzuentwickeln, die interkulturellen Kompetenzen der Mitarbeiter\_innen zu stärken, die Zugänglichkeit ihrer Angebote zu überprüfen und eventuelle Barrieren in Bezug auf Information, Kommunikation und Struktur abzubauen.

Der Lübecker Beschluss enthält die Willenserklärung, Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund zu identifizieren, zu kritisieren und sich politisch für die Überwindung von Diskriminierung zu engagieren. Der Beschluss konkretisiert sich auch in zwei aktuellen Forschungsprojekten. Im Oktober 2016 startete das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderte dreijährige Modellprojekt, durch das Frauen mit geringem Einkommen kostenlose Verhütungsmittel erhalten können. Das Modellprojekt lief unter dem Namen „biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung“ an. Anspruchsberechtigt sind Frauen mit geringem Einkommen, unter anderem auch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. An insgesamt sieben Standorten wird hier der niedrigschwellige Zugang zu Verhütungsmitteln erprobt. Im November 2016 startete das zweite Projekt, ebenfalls vom BMFSFJ gefördert und auf drei Jahre angelegt, das Fachinformations- und Vernetzungsstellen der pro familia für qualifizierte Hilfe und Unterstützung von schwangeren geflüchteten Frauen aufbauen soll. An acht Modellstandorten werden zudem die besonderen Hilfe- und Unterstützungsbedarfe konkretisiert und verschiedene Formen der Vernetzung von Akteur\_innen, die bereits Hilfsmaßnahmen für diese Zielgruppe anbieten, erprobt.





Die 180 Beratungsstellen von pro familia erreichen jährlich 500.000 Personen in der Face-to-Face-Beratung und über sexualpädagogische Angebote. Der Bundesverband unterstützt fachliche Arbeit durch Tagungen und Workshops, etwa zum Thema Schwangerschaftsberatung. In den Fort- und Weiterbildungen des Bundesverbandes ist interkulturelle Kompetenz als Querschnittsaufgabe etabliert. Das über 130 Titel umfassende Broschürenprogramm von pro familia ist in vielen Sprachen erhältlich, darunter Serbisch, Bulgarisch, Arabisch und viele weitere. Die Vielzahl der heruntergeladenen und angefragten Titel belegt den praktischen Nutzwert dieser Broschüren.

Die aktuellen Herausforderungen von Migration, Flucht und Einwanderung machen eine migrations- und diversitätssensible Öffnung von Regelangeboten notwendig. Die immer wieder neuen Anfeindungen der sexuellen Bildung und das Versprechen einiger Parteien, Lesben und Schwulen Schutz durch die Begrenzung von Einwanderung zu bieten, zeigt, dass eine klare Positionierung notwendig ist, um nicht unterschiedliche Gruppen gegeneinander auszuspielen. Daher gilt es, auf vielen Ebenen Barrieren abzubauen, damit tatsächlich alle Menschen niedrigschwellig und bedarfsgerecht die Information und Beratung erhalten, die sie in ihrer konkreten Lebenssituation bei Fragen zu Sexualität und Familienplanung benötigen.

Die heutige Veranstaltung ist insofern ein wichtiger Schritt für die Umsetzung einerseits des Lübecker Beschlusses von pro familia, aber auch insgesamt für die fachliche Weiterentwicklung sowohl auf Landes- wie auf Bundesebene, erkennbar auch an der zahlreichen Teilnahme aus den Landes- und Ortsverbänden sowie von Kolleg\_innen aus den Beratungsstellen.

Die Schlüsselfragen des heutigen Tages sind folgende:

- Kann es gelingen, über Homophobie, Sexismus und Antisemitismus zu sprechen, ohne ungewollt rassistische Einstellungen zu bedienen?
- Was wissen wir eigentlich über Zugänge zu STI- und HIV-Prävention bei Migrant\_innen?
- Wie können sexuelle Bildungsangebote und psychosoziale Beratung dazu beitragen, dass Jugendliche nicht in Extremismus verfallen?
- Wie gelingt es, über migrantische Lebenswelten zu reflektieren, ohne Menschen in ihrer Vielfaltigkeit als Gruppenmitglieder zu verengen und den Blick auf ihre Individualität zu verstellen?

Hierbei wollen wir Barrieren in den Blick nehmen und in diesem Zusammenhang auch Sprache als Zugangsbarriere kritisch reflektieren, und zwar über die reine Übersetzung hinaus auf vielen weiteren Ebenen.

Die Veranstaltung wird als Teil der Aufgaben von pro familia vom BMFSFJ gefördert. Ich wünsche uns allen eine interessante Tagung, viele neue Erkenntnisse und Sichtweisen und einen regen Austausch. ■

Vortrag 1

# Homophobie, Sexismus und Antisemitismus am Beispiel des antimuslimischen Rassismus.

Ist es möglich über Homophobie, Sexismus und Antisemitismus zu sprechen, ohne rassistische Bilder, Argumente und Einstellungen zu bedienen?

*Zülfukar Çetin*

## Zusammenfassung

Prof. Dr. Zülfukar Çetin legte in seinem Vortrag dar, auf welche Weise in der westlichen Welt bezüglich der Themen Homophobie, Sexismus und Antisemitismus rassistische Bilder, Argumente und Einstellungen bedient werden, die letztlich in einem antimuslimischen Rassismus begründet seien oder diesen zumindest unterstützen. Der Referent relativierte die gängige Islam-Auffassung, wonach der Islam als sexuell intolerant angesehen wird, indem er exemplarisch auf die offene Einstellung zur Homosexualität im Istanbul an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert verwies, aber auch unterschiedliche Lesarten des Korans und liberale Äußerungen muslimischer Vereinigungen anführte. Er zeigte auf, dass in der aktuellen Debatte häufig ein Bild von Muslimen als negative Gegenfolie zum „weißen, christlichen Deutschen“, der sich als nicht sexistisch, nicht homophob und tolerant gibt, konstruiert würde. Tatsächlich stellen Sexismus, Antisemitismus und Heteronormativität aber globale Phänomene dar, die nicht mit einer Kultur, Hautfarbe oder Religion assoziiert werden können. Im Fazit plädierte Çetin für eine kritische Hinterfragung der eigenen Standpunkte und eine Kommunikation auf Augenhöhe – nur so könne ein erfolgreicher Verständigungsprozess realisiert werden.

©: privat



*Zülfukar Çetin*

Prof. Dr. Zülfukar Çetin lehrt an der Alice Salomon Hochschule in Berlin im Bereich Soziale Arbeit. Seine Doktorarbeit zu Homophobie und Islamophobie wurde 2014 im Rahmen des Deutsch-Türkischen Wissenschaftsjahrs mit dem Wissenschaftspreis ausgezeichnet. 2014 bis 2015 arbeitete er an seinem Post-Doc-Projekt „Queer Bewegung in der Türkei vor und während der AKP-Regierung“ als Mercator-IPC-Fellow bei der Stiftung Wissenschaft und Politik. Er ist Vorstandsmitglied des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg. Seine aktuelle Publikation „Gespräche über Rassismus. Perspektiven und Widerstände“ erschien im Verlag Yilmaz-Günay. Sein neues Buch „Schwule Sichtbarkeit – schwule Identität. Kritische Perspektiven“, das er gemeinsam mit Heinz-Jürgen Voß verfasst hat, erschien im Oktober 2016 beim Psychosozialverlag.





In meinem Vortrag werde ich auf die Verschränkungen von gesellschaftspolitischen Diskussionen über Sexismus, Homophobie und Antisemitismus und deren Ein- und Auswirkungen auf die Migrationspolitik eingehen sowie darauf, inwiefern diese Diskussionen rassistisch aufgeladen sind.

## Einleitung:

### Eine unbekannte Migrationsgeschichte

Deutschland war immer und ist auch heute noch ein Zielland für Migration. Dennoch wird diese lange Geschichte der Migration oft verkürzt dargestellt; im Zentrum steht meist die Arbeitsmigration seit den 1950er Jahren. Migration und ihre unterschiedlichen Formen, Motivationen und Gründe werden außerdem häufig einseitig angesprochen und vorrangig als Massenbewegungen von Ost nach West, von Süd nach Nord verstanden. Dieses Verständnis hat vor allem mit der Geschichte des Kolonialismus zu tun, der heute immer noch wirkmächtig ist und die Machtverhältnisse zwischen West/Rest, Nord/Süd, „Orient/Okzident“ bestimmt. In diesem Zusammenhang steht Migration für eine Bewegung vom Schlechten zum Guten, vom Unterentwickelten zum Entwickelten, von Armut zu Wohlstand, vom Primitiven zum Modernen, vom Krieg zum Frieden. Während das Gute, Moderne, Wohlständige, Westliche innerhalb eines solchen Denkens als Zielort von Migration gilt, mutieren die „verlassenen“ Orte zu dessen Gegenteil. Diese Gegenwelt wird zum Sammelort negativer Eigenschaften – mit deutlich kolonialer Prägung –, die wiederum Begründungsmuster für Migration und Flucht bieten.

Um exemplarisch eine andere Perspektive zu eröffnen, möchte ich einleitend kurz eine unbekannte Geschichte der Migration vorstellen, die von Deutschland in das Osmanische Reich verlief. Der Pionier der Forschung zur Homosexualität in Deutschland, Magnus Hirschfeld, beschrieb im Jahr 1914 Konstantinopel (das heutige Istanbul) als „europäische Urningskolonie“ (Hirschfeld 1914, Seite 448), also als eine Kolonie männlicher Homosexueller. Istanbul war damals eine Stadt „sexueller“ Freiheit und zog auch viele osmanische Homo- und Transsexuelle an. Es gab dort eine Reihe von Stätten homosexueller Vergnügungen, darunter ein berühmtes Männerbordell, welches ironisch „Ottomanische Bank“ genannt wurde. Prostitution junger Männer war im osmanischen Reich legal, sie mussten für ihre (Sex-)Arbeit Steuern zahlen. Da zu dieser Zeit homosexuelle Beziehungen in Deutschland und England strafbar waren, flohen Schwule aus diesen und anderen Ländern nach Istanbul, wo sie ohne Angst vor Anzeigen, Verfolgung oder Gefängnisstrafen ihre Sexualität leben konnten.

Dieses Beispiel zeigt, dass Migration nicht nur eine Richtung kennt, nicht nur ein Geschlecht, eine Religion und/oder eine Klasse – sie ist ein globales Phänomen, das nicht nur die Migrant\_innen selbst betrifft, sondern auch die aufnehmende Gesellschaft in unterschiedlichen Dimensionen beeinflusst. Das Hauptproblem, das sich in Deutschland als Reaktion auf Migration bereits seit den ersten großen Migrationsbewegungen an die Oberfläche gespült wurde, ist der Rassismus. Dieser kennt je nach historischem Umfeld und situativem Setting unterschiedliche Narrative und vorurteilsbehaftete Konstrukte, die als Rechtfertigung dienen und von denen einige wichtige im Folgenden näher betrachtet werden sollen.

## Definitionen

**Homophobie:** Laut Duden-Online heißt homophob: „eine starke [krankhafte] Abneigung gegen Homosexualität habend, zeigend“. Wichtig ist aus meiner Sicht die gesellschaftliche Verankerung von Homophobie als Folge der Heteronormativität, die die Menschen unter anderem biologisch beziehungsweise naturalisierend in zwei Geschlechterkategorien (Mann versus Frau) oder in zwei sexuelle Orientierungen (Hetero- versus Homosexualität) polarisiert. Während Mann und Heterosexualität als Norm und überlegen gelten, werden die anderen, also Frauen und Homosexuelle, je nach Situation und Kontext als normabweichend und unterlegen betrachtet. Die gesellschaftlichen Kontexte und Situationen der heteronormativen Praxen, Politiken und Lebensführungen müssen hier diskutiert werden.

**Sexismus:** Sexismus meint nicht nur Diskriminierung, Ausschluss, Abwertung, Demütigung oder Benachteiligung von Personen aufgrund ihres Geschlechts in öffentlichen, familiären, behördlichen, akademischen oder sonstigen Bereichen. Vielmehr bezieht sich der Begriff auch auf die tätliche Belästigung, Ausnutzung und Beleidigung wie zum Beispiel sexualisierte Gewalt. Sexismus ist und war zu aller Zeit vor allem in patriarchal geprägten, von Männern dominierten Gesellschaften präsent. Diese Gesellschaften gibt es überall. Sexismus reduziert die Frau auf ihren Körper, der nach bestimmten Kriterien als „sexy“ oder „unsexy“ angesehen wird und dem unter anderem Merkmale wie Fortpflanzung, Moral, Anstand, Fleiß, Gesundheit, Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft der „Familie“ zugeschrieben werden. Dieses biologistische Denken nimmt häufig rassistische Formen an, wenn zum Beispiel die migrantische Frau als unemanzipiert abgestempelt wird.



**Antisemitismus:** Antisemitismus meint eine feindliche Einstellung, Praxis und Handlung gegenüber Menschen, die als Juden oder Jüdin angesehen werden oder die sich selbst als Juden und Jüdin bezeichnen. Von wem und von welchen Bevölkerungsgruppen Antisemitismus ausgeht und ob diese Bezeichnung richtige Ausdruckform für anti-jüdische Handlungen, Praxen und Einstellungen ist, wird in Deutschland seit geraumer Zeit diskutiert. Laut der Rechtsextremismusexpertin Birgit Rommelspacher:

*„(...) liegt eine zentrale Funktion des Antisemitismus in der Welterklärung, indem ‚den‘ Juden die Verantwortung für nahezu alle gesellschaftlichen Probleme, internationalen Konflikte zugeschrieben wird. Dabei wird ihnen mithilfe von Verschwörungstheorien unbegrenzte Macht zugeschrieben. Hintergrund ist hier wiederum die im christlichen Antijudaismus verankerte Rivalität um die Wahrheit.“ (Rommelspacher 2009, Seite 27)*

**Rassismus:** Rommelspacher referiert auch eine griffige Definition für Rassismus:

*„Nach Stuart Hall geht es beim Rassismus um die Markierung von Unterschieden, die man dazu braucht, um sich gegenüber anderen abzugrenzen, vorausgesetzt, diese Markierungen dienen dazu, soziale, politische und wirtschaftliche Handlungen zu begründen, die bestimmte Gruppen vom Zugang zu materiellen und symbolischen Ressourcen ausschließen und dadurch der ausschließenden Gruppe einen privilegierten Zugang sichern. Entscheidend ist dabei, dass die Gruppen aufgrund willkürlich gewählter Kriterien gebildet werden (wie etwa Herkunft oder Hautfarbe), und dass mit diesen Einteilungen eine bestimmte Zielsetzung verfolgt wird.“ (Rommelspacher 2009, Seite 24)*

## Homophobie und Muslim\_innen

Die Annahme, dass nicht nur der Islam selbst, sondern auch Muslim\_innen homophob sind, ist mittlerweile in den westlichen Gesellschaften weit verbreitet. Die Diskussion darüber, wie der Islam zur Homosexualität steht und wie Muslim\_innen sich zu Homosexuellen verhalten, wird häufig pauschalisierend durchgeführt. Menschen, die homosexuell und muslimisch sind und ihre sexuelle Orientierung mit ihrem Glauben problemlos vereinbaren, spielen in dieser Diskussion häufig keine Rolle.

Nach dem 11. September 2001 gewann in der öffentlichen Diskussion die Frage nach den Frauenrechten und der Situation sexueller Minderheiten in muslimischen Gesellschaften an Bedeutung. Sie wurde insbesondere in der Migrationspolitik und im Grenzregime der EU-Länder immer zentraler. Mit der Re-Konstruktion des Islam und der Muslim\_innen als gefährliche Andere verstärk-

ten sich antimuslimische Positionen und Politiken unter dem Deckmantel der Religionskritik. Religion und Religionskritik wurden und werden in diesem Zusammenhang häufig synonym mit Islam und Islamkritik verwendet. Bestandteil dieser Religionskritik ist unter anderem die Debatte über die Geschlechterverhältnisse und Einstellungen zu normativen wie von der Norm abweichenden Sexualitäten unter Muslim\_innen.

Mit diesen sexual- und geschlechterpolitischen Fragen beschäftigen sich auch viele Islam- und Sexualwissenschaftler\_innen, die sich dabei durchaus kontrovers positionieren. Magnus Hirschfeld, ein deutsch-jüdische Sexualwissenschaftler und Mitgründer des Wissenschaftlich-humanitäre Komitees, äußerte bereits 1914:

*„Der Koran verbietet den homosexuellen Verkehr nicht an sich, wendet sich vielmehr nur gelegentlich wie bei der Erzählung, die von der Verletzung des Gastrechtes an den bei Lot abgestiegenen Fremden handelt, gegen die Ausschweifungen der Sodomiter, die nachdem sie ihre Wollust bei Frauen gekühlt, noch in ihrer Zügellosigkeit Männer begehren. Ein ausdrückliches Gesetz gegen den mann-männlichen Verkehr findet sich in keiner Sure des Korans, auch nicht in der vierten, die von dem geschlechtlichen Leben handelt.“ (Hirschfeld 1914, Seite 598)*

Unter den zeitgenössischen Islamwissenschaftlern kommt beispielsweise Thomas Bauer zu dem Schluss, dass der Koran in verschiedenen Ländern aufgrund der unterschiedlichen gesellschaftlichen Strukturen different interpretiert und praktiziert wird. Muhsin Hendricks, der sich als schwuler Imam offenbarte, vertritt die Auffassung, dass Koran und Hadith teilweise falsch übersetzt und ausgelegt wurden, was die Vielfalt differierender und aus seiner Sicht teilweise irriger Vorstellungen und Praktiken in den unterschiedlichen Ländern erklärt.

Die weit verbreitete Annahme, dass die muslimischen Migrant\_innen homophob sind, hinterfragen neuere Studien. Eine im Jahr 2015 veröffentlichte Sonderauswertung zum Thema Islam in Deutschland auf Basis einer 2012 durchgeführten Befragung des Emnid Instituts belegt zum Beispiel, dass die „muslimischen“ Einstellungen zur Homosexualität heterogen sind und dass diese nicht alleine über die Religion erklärt werden können; so heißt es in dieser Studie:

*„Der Aussage, ein homosexuelles Paar sollte die Möglichkeit haben zu heiraten, stimmen insgesamt 40 Prozent der hochreligiösen Sunniten in Deutschland zu. Dieser Anteil beträgt unter reflektierten, hochreligiösen Sunniten 58 Prozent. In der Türkei stimmen nur 12 Prozent einer Heirat homosexueller Paare zu.“ (Bertelsmann Stiftung 2015, Seite 5)*





Diese aktuellen Zahlen zeigen eine Tendenz zu Akzeptanz beziehungsweise Selbstverständlichkeit der gleichgeschlechtlichen Liebe und/oder Beziehungen auch unter Muslim\_innen.

Im Jahr 2008 unterzeichneten mehrere islamische Vereine und Verbände eine Stellungnahme gegen Homophobie, die ein klares Zeichen gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung setzte. Die Unterzeichner bekräftigten darin, dass die sexuelle Orientierung Privatsache jedes Menschen ist und akzeptiert werden sollte.<sup>1</sup> Es gibt auch einige Nicht-regierungsorganisationen von und für Migrant\_innen in Deutschland, die sich für eine diskriminierungsarme Gesellschaft einsetzen und die homophobe Diskriminierung sowie die Instrumentalisierung der Homophobie im Umfeld rassistischen Denkens kritisieren.<sup>2</sup>

Insgesamt zeigt bereits ein flüchtiger Blick auf die Problematik, dass die pauschalen Annahmen, der Islam sei eine Religion, die die Unterdrückung der Frau, die Ausgrenzung der Homosexuellen und die Ausübung von Gewalt erlaube und die sicheren Lebensräume von Homosexuellen bedrohe, weder (islam)wissenschaftlich noch soziologisch belegbar sind. Solche antimuslimischen Argumentationen scheinen hingegen häufig dem Ziel zu dienen, (muslimische) Migrant\_innen als homophob zu identifizieren und sie folglich zu stigmatisieren.

## Antisemitismus und Muslim\_innen

Die Debatte über die Verbreitung des Antisemitismus beziehungsweise anti-jüdischer Einstellungen hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Der Antisemitismus, eigentlich westlich-christlich geprägt, wird heute häufig als ein Phänomen muslimischer Bevölkerungsgruppen angesehen, wobei die historische Entwicklung vor, während und nach der NS-Zeit völlig ausgeblendet wird. Hinzu kommt die Etablierung einer Binde-Identität der christlich-jüdischen Wertegemeinschaften, zu der Muslim\_innen explizit nicht gehören. Letztere werden sogar häufig zum gemeinsamen Feindbild stilisiert und stellen angeblich eine Bedrohung für diese christlich-jüdische Wertegemeinschaft dar. Innerhalb eines solchen Denkens wird häufig eine Vorrangigkeit von Islamisten ver-

1 Beispiele für solche NGOs sind der Verein GladT e. V., das Antigewaltprojekt der Lesbenberatung Berlin „LesMigras“, der Migrationsrat in Berlin-Brandenburg oder der Türkische Bund-Berlin-Brandenburg.

2 Mitunterzeichner waren der Deutschsprachige Muslimkreis (DMK), DITIB, Inssan e.V., Interkulturelle Zentrum für Dialog und Bildung (IZDB), Islamisches Kultur- und Erziehungszentrum (IKEZ), Muslimische Jugend Deutschland (MJ), Neuköllner Begegnungsstätte (NBS). In der Stellungnahme heißt es: „Wir wenden uns entschieden gegen jegliche Form der Diskriminierung und Verfolgung irgendwelcher gesellschaftlicher Gruppen einschließlich der Homosexuellen.“

tretenen Einstellung, die sich gegen den jüdischen Staat wendet, auf alle Muslim\_innen projiziert.

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) führte 2012 eine Befragung mit 5.900 Juden und Jüdinnen aus acht EU-Ländern durch. 76 Prozent der Befragten gaben an, dass Antisemitismus ihrer Ansicht nach in den letzten fünf Jahren zugenommen habe (FRA 2013, Seite 11). Laut der FRA-Studie stimmten 61 Prozent der in Deutschland lebenden Juden und Jüdinnen zu, dass Antisemitismus auch dort ein „sehr großes“ oder „ziemlich großes“ Problem darstellt (FRA 2013, Seite 17). Auch die Ergebnisse der langjährigen Studienreihe der Universität Bielefeld zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ deuten darauf hin, dass es keine gravierenden Unterschiede hinsichtlich Antisemitismus bei Menschen mit und ohne Migrationserfahrung gibt (Zick/Küpper 2011, Seiten 38 bis 39). Obwohl also Antisemitismus als gesamteuropäisches und gruppenübergreifendes Phänomen zu charakterisieren ist, wird es häufig nur auf türkisch- beziehungsweise arabischstämmige Jugendliche appliziert.

Eine Mehrzahl muslimischer Initiativen und Organisationen lehnen antisemitische Praxen vehement ab. So gibt es beispielsweise eine Stellungnahme des Zentralrates der Muslime in Deutschland (ZDM) gegen Antisemitismus und andere Formen von Rassismus (ZDM 2014).

## Sexismus und Muslim\_innen

In seiner Geschichte hat Deutschland noch nie so intensiv über Sexismus diskutiert wie nach der Silvesternacht 2015/16. Die Überzeichnung der Akteure/ Opfer dieses Sexismus – arabischer beziehungsweise nordafrikanischer Mann versus blonde deutsche Frau – begünstigte die Dethematisierung des Rassismus, dem unter anderem Geflüchtete in Deutschland strukturell wie institutionell permanent ausgesetzt sind. Bemerkenswert ist, dass innerhalb dieser Debatte Rassismus und Sexismus häufig als zwei sich gegenseitig ausschließende Machtverhältnisse behandelt werden. Die Rechte von Frauen und LSBTIQ werden zum Instrument politischer Parteien, zivilgesellschaftlicher Organisationen, der Medien und sogar wissenschaftlicher Auseinandersetzungen, wenn diese den Sexismus als ein muslimisch-migrantisches Problem in unserer Gesellschaft thematisieren. Dabei wird Patriarchat, das heißt Männerdominanz, externalisiert und zu einem wichtigen (problematischen) Feld in der Migrations- und Grenzregimepolitik erklärt. Diese Art von Unterscheidung zwischen einem „frauenfreundlichen Wir“ und den „frauenfeindlichen Anderen“ wurde und wird in der

(kritischen) Gender- und Geschlechterforschung mehrfach kontrovers diskutiert. Oft fehlt(e) eine Bereitschaft, über Sexismus ohne rassistische Argumente zu diskutieren.

Bereits in den 1990er Jahren beschäftigte sich Birgit Rommelspacher kritisch mit diesen und ähnlichen Fragen und thematisierte hegemonialen weißen Feminismus. In ihrem Buch „Dominanzkultur“ (1995) und anderen Beiträgen dekonstruierte sie den westlichen universalistischen Gleichheitsanspruch am Beispiel des weiß-feministischen Emanzipationsdiskurses. Dieser geht von der Unterdrückung der muslimischen Frau in einer (konstruierten) muslimischen Welt aus, während er die weiß-europäischen Frauen im Gegensatz zu ihnen als emanzipiert und von frauenfeindlichen Verhältnissen befreit imaginiert. In diesem Diskurs wird dem Westen ein „überlegener, zivilisierter“ Status zugeschrieben, während der „Rest der Welt“ als „unzivilisiert“ und „rückständig“ gilt.

Parallel zum weiß-feministischen Emanzipationsdiskurs, der einen Repräsentationsanspruch, nämlich alle Frauen zu vertreten, geltend macht, entwickelte sich im Westen spätestens seit Anfang der 2000er Jahre ein antimuslimischer Homophobie-Diskurs beziehungsweise ein deutscher Homonationalismus, auf dessen Grundlage sich der Westen nunmehr als eine „homofreundliche Union“ versteht. Bis heute werden die „emanzipierte“ weiße Frau und der „geoutete“ Schwule zu Opfern „triebhafter“ und „schwulenfeindlicher“ arabisch-nordafrikanischer Männer stilisiert.

## Wir und die Anderen

Im Gegensatz zu der imaginierten muslimischen Welt wird der weiß-deutschen Gesellschaft, die sich als christlich begreift, Feminismus, Homo- und Transfreundlichkeit beigemessen, als würden diese zu den Werten eines westlich-christlichen Europa gehören. Eine Externalisierung von Sexismus, Patriarchat, Homo- und Transfeindlichkeit und Antisemitismus findet immer dann statt, wenn es um die Menschen geht, die als nicht „eigentlicher“ Teil der deutschen Nation, christlicher Religion und des westlichen Wertesystems angesehen werden. Die gewöhnliche Migrationspolitik spricht immer noch von einer „Integration“ derer, die zu „uns“ kommen oder schon seit Jahrzehnten bei „uns“ leben.

Die CDU aktualisierte Ende 2015 erneut die Frage der „Integration von allen Ausländern“ (sic) auf ihrem Bundesparteitag. Sie sah ein „Integrationspflichtgesetz“ vor, das „gegenseitig“ unterzeichnet werden sollte:

Demnach sei es notwendig

*„... dass Migranten den Grundwertekatalog akzeptieren und sich unter anderem verpflichten, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie den Vorrang der deutschen Gesetze vor der Scharia anzuerkennen. Eine Diskriminierung von Frauen, Homosexuellen und Andersgläubigen dürfe nicht als Ausdruck religiöser Vielfalt akzeptiert werden. Außerdem sollten die Einwanderer zusichern, das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Bei Verstößen solle es die Möglichkeit geben, Sozialleistungen zu kürzen oder den Aufenthaltsstatus zu ändern.“* (Birnbaum et al. 2015)

Schluss:

Von der Schwierigkeit,  
nicht rassistisch zu sein

In Deutschland über Rassismus zu sprechen rührt immer an die Verbrechen der NS-Zeit. Es ist sehr wichtig, dass eine Erinnerungskultur wächst, die Grauen und Menschenfeindlichkeit dieser Ereignisse memoriert und der Opfer gedenkt. Gleichzeitig sollte aber auch ein Bewusstsein dafür entstehen, dass Rassismus als Erbe des europäischen Kolonialismus wesentlich älter ist als der Nationalsozialismus. Und wir müssen endlich einsehen, dass Rassismus in Teilen der Gesellschaft noch heute wirkmächtig ist, immer gefährlicher wird und immer mehr Menschen betrifft.

Heute ist die deutsche Mehrheitsgesellschaft davon überzeugt, nicht mehr antisemitisch und sexistisch und/oder frauenfeindlich zu sein. Sie behauptet, homofreundlich zu sein, oder spricht von der Inklusion von Menschen mit Behinderung. Dennoch sind auch heute noch Frauen Opfer von Sexismus in der Partnerschaft oder auf dem Arbeitsplatz, Menschen mit Behinderung sind immer noch am Arbeitsmarkt unterrepräsentiert und leiden unter mangelnder Barrierefreiheit. Auch heute noch brauchen Synagogen Polizeischutz. Die Homophobie der Tausenden „besorgten Eltern“ in Baden-Württemberg zeigt, dass auch dieses Kapitel nicht der Vergangenheit angehört.

Ich habe in meinem Vortrag versucht zu zeigen, dass Sexismus, Antisemitismus und Heteronormativität globale Phänomene darstellen und nicht mit einer Kultur, Hautfarbe oder Religion assoziiert werden können. Deutlich wurde auch, dass es nach wie vor schwierig ist, über Homophobie, Antisemitismus oder Sexismus zu sprechen und dabei keine rassistischen Vorstellungen zu bedienen – denn es ist deutlich einfacher, diese Dinge als etwas anzusprechen, das von außen kommt. Diese Problematik lässt sich meiner Ansicht nach nur durch mehr Dialog und Kommunikation auf Augenhöhe angehen. ■



## Dem Anderen auf Augenhöhe begegnen

Nach dem anregenden Vortrag, in dem Zülfukar Çetin die Themen Homophobie, Sexismus und Antisemitismus aufrollte und zeigte, wie diese innerhalb eines rassistischen Diskurses gegen Muslim\_innen instrumentalisiert werden können, gab es Raum für freie Diskussion und Reflexion.

Acht Diskussionsrunden griffen unterschiedliche Aspekte aus dem Vortrag auf und führten diese weiter, indem sie vor allem Homophobie und Rassismus im sexualpädagogischen und beraterischen Umfeld problematisierten. Einige zentrale Fragen aus der Vielzahl der Diskussionspfade sollen im Folgenden aufgezeigt werden.

### Ist Homophobie ein Problem der anderen?

Eine wichtige These des Vortrags war, dass Muslim\_innen häufig Homophobie unterstellt werde, während sich die deutsche Mehrheitsgesellschaft gerne als tolerant beschreibe. Diesen Gedanken griffen die Diskussionsrunden auf. Unter anderem wurde darauf hingewiesen, dass diese Veräußerung ein Mechanismus sei, um den eigenen Berührungängsten und Unsicherheiten aus dem Weg zu gehen. Die Konstruktion des Anderen als homophob könne eigene Ressentiments entlasten. Dem ließe sich nur dadurch begegnen, dass man die Heterogenität bewusst wahrnehme, seine Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen stetig hinterfrage und dem Einzelnen Raum lasse.

Als Beispiel wurde etwa auf die für die Betroffenen häufig entwürdigende Situation verwiesen, dass deutsche Behörden von Flüchtlingen Nachweise für ihre gleichgeschlechtliche Orientierung verlangen, wenn sie diese als Fluchtgrund angeben. Hier könnten homophobe Einstellungen an der Wurzel der Diskriminierung stehen oder die diskriminierende Wirkung verschärfen.

### Wie lassen sich eigene Vorurteile und Denkbarrieren identifizieren und überwinden?

Der Vortrag wurde in einigen Diskussionsrunden als Appell gelesen, dass man zunächst nach den eigenen Vorurteilen und Denkbarrieren fragen und den eigenen Standpunkt reflektieren sollte. Eine solche Selbstreflexion wurde insbesondere in einem professionellen Beratungskontext als zentral angesehen – und dies keineswegs nur in der Beratung für Menschen mit Migrationshintergrund. Um dies zu erreichen, sei es wichtig, zusätzliche Räume für Diskussionen im Team, Supervision und Selbstreflexion zu schaffen.

Weitere wichtige professionelle Kompetenzen bestünden darin, Irritationen ehrlich zu thematisieren, respektvoll mit dem Gegenüber umzugehen und dem anderen die Chance zu geben, sich zu entfalten, anstatt Rollenbilder blind zu reproduzieren. Betont wurde das innerliche Zurücktreten von Vorurteilen als eine Grundhaltung in der Beratung, um den „Menschen zu Wort kommen zu lassen“. Beratungsmethoden sollten prozessorientiert und auf Augenhöhe mit den Ratsuchenden ablaufen.

Problematisiert wurde auch, wie man zu einer differenzierten Sicht auf seine eigene Situation und auf die des „Anderen“ kommen könnte. Es wurde betont, dass man die Frage stellen müsse, was eigentlich Fremdheit ausmacht, und dass man bestehende Machtstrukturen reflektieren müsse, um sie nicht zu reproduzieren.

### Wie lässt sich eine Kommunikation auf Augenhöhe erreichen?

Die Frage, wie sich Kommunikation vorurteilsfrei gestalten lässt, wurde in mehreren Gruppen als eine der zentralen Anregungen des Vortrags diskutiert. Eine vorurteilsfreie, ergebnisoffene und akzeptierende Haltung sei eine Grundvoraussetzung im beraterischen und sexualpädagogischen Kontext und insofern keineswegs ein neues Thema. Erst auf Basis einer solchen Haltung ließe sich Vertrauen herstellen und eine gleichberechtigte Beziehung aufbauen.

Diskutiert wurde, ob für eine Begegnung auf Augenhöhe spezifisches Wissen zu Kultur und Religion nötig sei. Kulturell oder religiös bedingte Moralvorstellungen, aber auch Verhaltensweisen, die von dem in Deutschland üblichen Kanon abweichen, differente Auffassungen von Scham und in der Fähigkeit zum Austausch über gewisse (etwa sexualitätsbezogene) Themen könnten eine Verständigung manchmal erschweren (Beispiel: In Afghanistan ist es üblich, jemanden, der neu in ein Haus einzieht, einzuladen, bei uns ist es hingegen umgekehrt). Allerdings ließe sich das benötigte Wissen kaum vereinheitlichen und sei auch individuell different. Tenor war, dass interkulturelle Kompetenzen hier sehr hilfreich sein könnten und eine Brückenfunktion erfüllten, dass aber Akzeptanz und eine wertschätzende Haltung gegenüber dem Einzelnen grundlegend seien.

Außerdem wurde angemahnt, dass man in der Beratungsarbeit Mechanismen brauche, um Stereotypen schnell wahrzunehmen und durchlässig zu machen. Wichtig seien eine prozessorientierte Beratung und die Konzentration auf das Individuum. In einem solchen Setting rücke die religiöse und kulturelle Zuordnung in den Hintergrund. Offenheit gegenüber dem Anderen, Zuhören und den Mut aufbringen, Unsicherheiten zu formulieren (zum Beispiel nachzufragen. „Darf ich Ihnen die Hand geben?“) wurden als grundlegende Elemente für eine gelungene Begegnung angeführt. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage besprochen, wie sich Privilegien nutzen lassen, ohne dabei Macht auszuüben.

### Wie lassen sich Grenzen der Akzeptanz feststellen und vermitteln?

Mehrere Gruppen setzten sich mit der Frage auseinander, wann man auf Basis eigener moralischer Grundsätze bestimmte Verhaltensweisen nicht akzeptieren könne und wie man sich in solchen Fällen verhalten solle.

Obgleich der Vortrag deutlich gezeigt hat, dass häufig Vorurteile auf Migrant\_innen appliziert werden, wurde berichtet, dass insbesondere das andere Frauen- und Männerbild vieler Migrant\_innen in der Praxis immer wieder zu Konflikten führt. So wurde zum Beispiel berichtet, dass afrikanischstämmige, muslimische Frauen nicht bereit gewesen wären, die Beratungsräume mit Homosexuellen zu teilen. Diskutiert wurde anhand dieses und anderer Beispiele, wie man mit solchen Konfrontationen sensibel umgehen könne, ohne dabei Vorurteile zu reproduzieren oder andere auf diese festzuschreiben, dabei aber zugleich auch seine eigenen Wertvorstellungen zu wahren.

In einer Gruppe wurde darüber gesprochen, wie sich das Grundgesetz an Migrant\_innen vermitteln ließe. Man war sich einig, dass in einem Gemeinwesen basale Vereinbarungen, wie sie im Grundgesetz festgelegt sind, Konsens sein müssten, um das soziale Miteinander zu garantieren. Maßnahmen, wie etwa Migrant\_innen zum Unterschreiben des Grundgesetzes zu verpflichten, wurden jedoch aufgrund ihres diskriminierenden Potenzials kontrovers diskutiert. Ebenso wurde kritisch festgehalten, dass es diskriminierend sei, die Kürzungen von Sozialleistungen als Druckmittel einzusetzen.

In einem anderen Kreis wurde die Beschneidungsdebatte als Beispiel für differierende Moralvorstellungen angeführt. Während bei der weiblichen Beschneidung auf gesetzlicher Basis in Deutschland klare Grenzen bestehen, sind diese bei der Vorhautbeschneidung bei Jungen nicht gegeben. Es wurde geäußert, dass die Stellungnahme für oder gegen Beschneidung eventuell auch darum so umstritten sei, weil es sich um einen Brauch handelt, der einem fremden kulturellen und religiösen Umfeld entstammt.

Insgesamt zeigten die Diskussionen, dass Offenheit und Reflexion gerade bei der Ausräumung von Grenzen zentral sind. Konsens war, dass man versuchen müsse, eine klare Position zu beziehen, aber auch Dinge als unvereinbar stehen zu lassen.

### Gibt es spezifische sexualpädagogische oder beraterische Bedarfe bei Migrant\_innen?

In einer Gruppe wurde angemerkt, dass man Migrant\_innen nicht prinzipiell als sexualpädagogisch Bedürftige darstellen dürfe, dies sei diskriminierend. Es wurde betont, dass Migrant\_innen eine sehr heterogene Gruppe seien. Eine weit verbreitete Unkenntnis von Migrant\_innen bei Themen der Sexualität wurde zwar festgestellt, aber mit dem Hinweis darauf relativiert, dass auch in der deutschen Gesellschaft teilweise Ablehnung gegenüber Sexualwissen existiere. Zudem wurde angemerkt, dass gerade in Fragen der Sexualität nicht die Kultur entscheidend sei, sondern das Individuum, das nicht auf seine kulturelle und religiöse Zugehörigkeit reduziert werden dürfe.

Spezifische Bedarfe bestimmter Gruppen unter den Migrant\_innen traten in der Diskussion hervor. So wurden spezielle Bedarfe bei traumatisierten Flüchtlingen festgestellt. Eine Diskussionsrunde beschäftigte sich näher mit der problematischen Situation der Frauen





in der Türkei. Andere reflektierten über Erfahrungen in der Sexualberatung mit jugendlichen Migranten und insbesondere bei afghanischen Jugendlichen, bei denen einige falsche Vorstellungen verbreitet wären (etwa der Zusammenhang zwischen Masturbation und Rückenschmerzen).

Ein wichtiger Aspekt in unterschiedlichen Diskussionsrunden war, dass der Zugang zum Thema Sexualität insbesondere für Menschen aus dem muslimischen Kulturkreis häufig schambesetzt ist und wie damit umzugehen sei. Als zentral wurde hier ein sensibles und akzeptierendes Vorgehen hervorgehoben, insbesondere bei besonders brisanten Themen wie zum Beispiel Selbstbefriedigung, Frauen und Schuld, aber auch etwa häuslicher Gewalt.

Diskutiert wurde auch, wie sich Sexualberatung und -pädagogik vor dem Hintergrund religiöser Parallelwelten aufstellen soll, wenn aus moralischen Werten Barrieren für die Vermittlung von Wissen erwachsen.

### Welche Ressourcen werden in der Sexualberatung und -pädagogik für Migrant\_innen benötigt?

In unterschiedlichen Zusammenhängen wurde immer wieder die Forderung nach mehr Geld laut, um einen barrierefreien und kostenlosen Zugang zu sexueller Bildung, Beratung und Familienplanung für Migrant\_innen zu gewährleisten. Kulturkompetenz, Offenheit und Diskriminierungssensibilität seien zentrale Forderungen, die nur mit mehr Ressourcen voll umsetzbar wären.

Finanzielle Mittel wurden einerseits für Fort- und Weiterbildung eingefordert, daneben aber insbesondere für neue Stellen im Bereich Sprach- und Kulturmittlung. Einen wichtigen Ansatz identifizierte eine der Diskussionsgruppen darin, dass das Team von Beratungsstellen die vorhandenen Machtstrukturen nicht reproduzieren solle, sondern Schranken brechen und integrativ vorgehen. Dafür sei es nötig, Interkulturalität in die Teams zu tragen. ■



Vortrag 2

# Jugendliche zwischen Religion und Extremismus.

Ursachen, Praxiserfahrungen und Handlungsempfehlungen

*Hakan Celik*

## Zusammenfassung

Hakan Celik stellte in seinem Vortrag die Arbeit des Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus vor. Celik beschrieb die Tätigkeitsfelder des Netzwerks (Prävention, Angehörigenberatung, Intervention und Deradikalisierung) und seine strukturelle Eingliederung und Vernetzung mit einer Vielzahl von Institutionen und Organisationen. Anschließend erläuterte er die spezielle Methode der Deradikalisierungsarbeit, die Violence Prevention Network, Träger des Hessischen Netzwerks, entwickelt hat und die als Situativpädagogik bezeichnet wird. Celik legte dar, dass für die Trainer\_innen im Netzwerk vor allem eine Haltung der Akzeptanz und Wertschätzung gegenüber den Jugendlichen zentral sei. Dabei sei Biografiearbeit ein wichtiger Bestandteil, da die Radikalisierung fast immer in der individuellen emotionalen Situation der Jugendlichen begründet sei. Eine Dekonstruktion der extremistischen Argumentationen erfolge dann anfangs auch über Irritationen, beispielsweise durch die Anführung von Argumenten eines liberalen Islams. Anschließend ginge es vor allem darum, dass die Jugendlichen lernen, selbstbestimmt einen Veränderungsprozess in Gang zu bringen. Dies werde von den Trainer\_innen (teilweise auch mit unkonventionellen Mitteln) unterstützt.

©: privat



### ***Hakan Celik, Violence Prevention Network e. V. Frankfurt***

Hakan Celik hat an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main Islamische Religionswissenschaft studiert. Er ist Antigewalt- und Kompetenztrainer und arbeitet mit Häftlingen in mehrere Justizvollzugsanstalten in Hessen. Neben einer Imam-Tätigkeit engagiert er sich seit 15 Jahren im Rahmen der Jugendarbeit in diversen muslimischen Vereinen und hält regelmäßig Fortbildungsseminare zu Themen des Islam. Er hat einen Lehrauftrag an der Hochschule Mannheim im Fachbereich für Sozialwesen mit dem Schwerpunkt Islam-Jugend zwischen Religion und Extremismus. Seit Juli 2014 ist er pädagogischer Mitarbeiter bei Violence Prevention Network e. V. und als Projektkoordinator der Beratungsstelle Hessen in Frankfurt tätig.





Im Folgenden möchte ich die Arbeit des Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus vorstellen. Träger dieses Netzwerks ist Violence Prevention Network, eine Nichtregierungsorganisation mit über zwölf Jahren Erfahrung im Bereich der Extremismusprävention und Deradikalisierungsarbeit. Speziell für die Zielgruppe der Jugendlichen, die einem religiös begründeten Extremismus nahestehen oder diesen verinnerlicht haben, bietet Violence Prevention Network bereits seit 2007 Workshops an. Nach der Hessenwahl vom Herbst 2013 wurde im Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen festgelegt, dass islamistischen Gefahren mit dem Aufbau eines Präventions- und Beratungsnetzwerks sowie eines Aussteigerprogramms zu begegnen sei (CDU/DIE GRÜNEN 2013, Seite 40). Aufgrund der langjährigen Erfahrungen in diesem Umfeld wurde Violence Prevention Network beauftragt, ein solches Präventionsnetzwerk in Hessen – und damit erstmals landesweit – aufzubauen.

Im Juli 2014 eröffnete die erste Beratungsstelle in Frankfurt am Main. Zu dieser Zeit gab es kaum Erfahrungswerte, wie man mit gefährdeten, ausreisewilligen jungen Menschen oder Rückkehrern umgehen soll, um diese wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Der größte Teil der Arbeit in der Beratungsstelle bestand zunächst nicht in Prävention, sondern in Intervention: Die dringend benötigte Unterstützung richtete sich vor allem an Familien, deren Kinder ausreisewillig oder bereits ausgewandert waren.

Seit Kurzem wird die Frankfurter Beratungsstelle durch eine weitere in Kassel angesiedelte Anlaufstelle ergänzt, da insbesondere in Nordhessen ein erhöhter Bedarf, vor allem bei ausreisewilligen Jugendlichen, besteht. Anfangs arbeiteten vier Kollegen im hessischen Netzwerk, aufgrund des hohen Bedarfs konnte die Anzahl aber inzwischen auf 14 fest angestellte pädagogische Mitarbeiter\_innen sowie eine Verwaltungskraft angehoben werden.

## Struktur und Tätigkeitsfelder

Das Hessische Präventionsnetzwerk kooperiert mit einer Vielzahl von Institutionen und Organisationen, darunter Vereine, Schulen, Moscheen, aber auch Sozialarbeit, Jugendämtern usw. Da die Fallstrukturen multikausal sind, müssen wir in der Lage sein, entsprechend breit zu reagieren, und brauchen ein gutes Netzwerk. So können wir beispielsweise über Partner auch psychologische Bedarfe auffangen. In Einzelfällen, wenn Eigen- und/oder Fremdgefährdung angenommen werden, ziehen wir auch die Sicherheitsbehörden hinzu.

Im Bereich Prävention bieten wir Workshops in verschiedenen Formaten an Schulen an. Die Peer Group ist ein wichtiges Umfeld für Jugendliche, in dem schnell deutlich wird, wenn sich jemand radikalisiert. Anzeichen dafür sind unter anderem religiös motivierte demokratiefeindliche Aussagen, eine plötzliche, gravierende Veränderung des Kleidungsstils und des Erscheinungsbildes oder der Abbruch der gewohnten sozialen Kontakte und eine Abschottung vom bisherigen Umfeld. In den Workshops sensibilisieren wir für die Problematik und bieten unsere Unterstützung an. Außerdem führen wir Fortbildungen mit Lehr- und anderen Fachkräften durch.

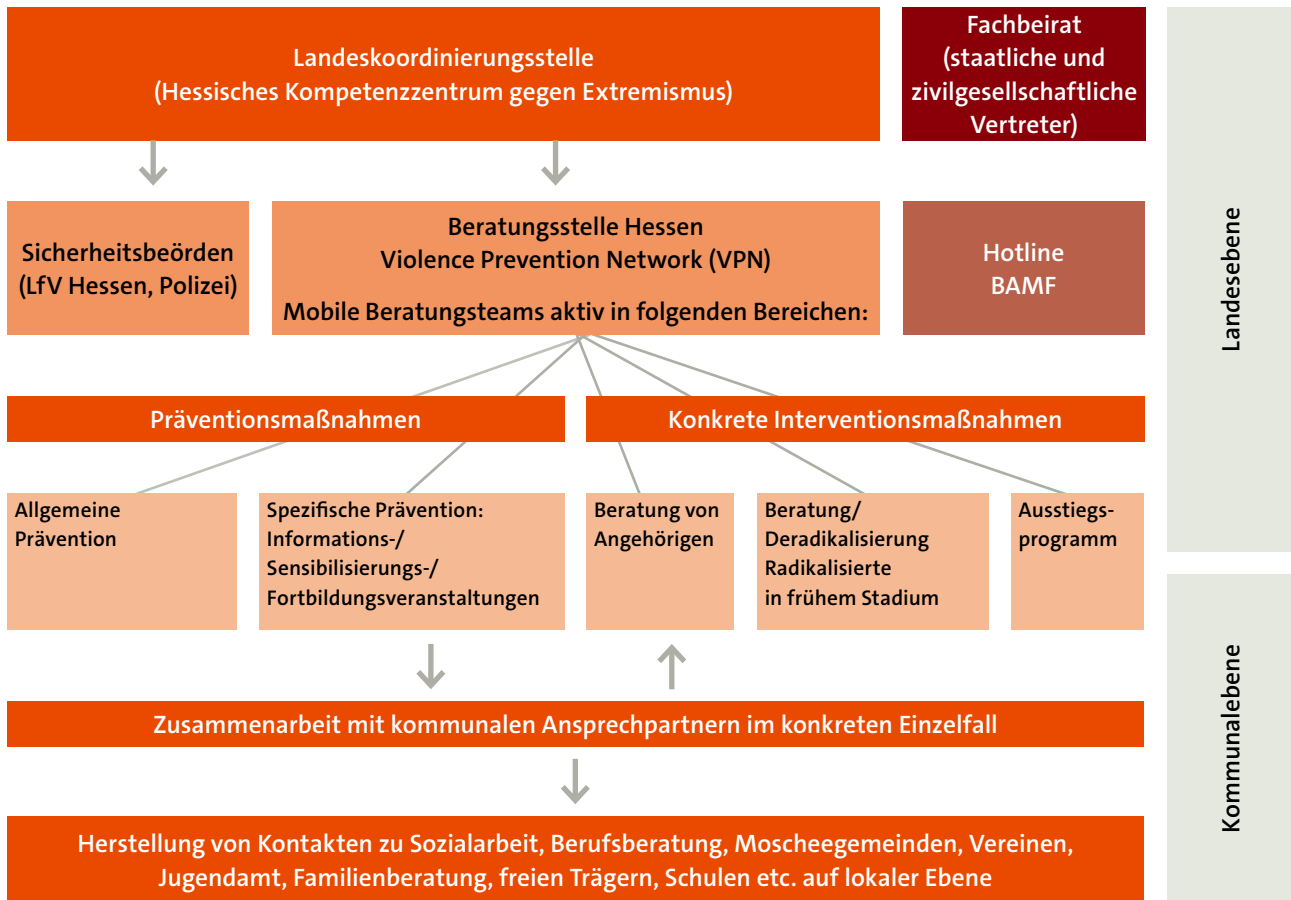
Die Angehörigenberatung ist ein weiteres zentrales Element unserer Arbeit. Bisher wurden in Hessen über 120 Familien beraten, wobei die Verstrickung der Jugendlichen in die extremistische Szene graduell sehr unterschiedlich ist – von Familien, in denen sich das Kind auffällig isoliert hat, bis hin zu Familien, deren Kinder bereits ausgewandert sind. Die Fälle erreichen uns über die Hotline des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) oder durch direkte Kontaktaufnahme von Angehörigen.

Wenn wir auf einen Fall aufmerksam werden, erfolgt die Intervention. Zunächst beurteilen wir, ob sich der Jugendliche tatsächlich radikalisiert hat oder ob andere Probleme vorliegen. Hier ist es sehr wichtig, vorsichtig vorzugehen und eventuell vorhandene Stigmatisierungen nicht zu übernehmen.

Im Bereich Deradikalisierung haben wir bisher drei Rückkehrer betreut, die sich im Laufe unserer Arbeit erfolgreich von ihrer extremistischen Ideologie abgewandt haben. Es ist deutlich schwieriger mit Ausreisewilligen zu reden, die den Versprechungen noch Glauben schenken, als mit Rückkehrern, die meist bereits desillusioniert sind. Die Dauer des Deradikalisierungsprozesses ist sehr unterschiedlich und hängt vor allem davon ab, wie lange die Personen bereits in einem radikalen Umfeld unterwegs waren. In einem frühen Stadium, etwa im ersten halben Jahr, sind die Strukturen meist noch nicht verfestigt und es bestehen noch Kontakte außerhalb der radikalen Kreise. Dann ist der Ausstieg noch deutlich einfacher. Insbesondere bei den Rückkehrern dauert die Betreuung hingegen häufig sehr lange. Hier gilt es, tief verinnerlichte Denkmuster zu überwinden, aber auch bei konkreten Maßnahmen wie Rückbesuchung oder Jobsuche Unterstützung zu leisten.



Abbildung 1: Hessisches Präventionsnetzwerk gegen Salafismus – Struktur und Tätigkeitsfelder



## Methodik und Zugang

Die Trainer\_innen in unserem Netzwerk haben einen sozialpädagogisch-psychologischen Hintergrund, aber auch einen Zugang zu theologischen Fragen. Ein religions- und kulturspezifisches Hintergrundwissen ist wichtig, die Trainer\_innen müssen aber keineswegs selbst Muslime sein. Zentral sind Beziehungsfähigkeit, Empathie und Kreativität – also vorrangig persönliche Kompetenzen, die die Trainer\_innen in Fortbildungen zusätzlich verfestigen. Die Verwendung von Kodizes – etwa jemanden mit „Bruderherz“ anzusprechen – kann manchmal den Zugang vereinfachen und dem Gegenüber ein Gemeinschaftsgefühl vermitteln.

Für die Trainer\_innen des Netzwerks ist eine Haltung der Akzeptanz und Wertschätzung gegenüber den Jugendlichen ein zentraler Grundsatz. Wir bemühen uns, unseren Klient\_innen auf Augenhöhe zu begegnen. Im Gespräch treten wir nicht konfrontativ und belehrend auf und suchen einen demütigungsfreien Weg der Ansprache. Wir nähern uns den Jugendlichen grundsätzlich nicht als Autoritätspersonen – wir wollen keinen blinden

Gehorsam erreichen, im Gegenteil: das ist genau das, wogegen wir antreten. Unser Ziel ist es, den Jugendlichen als Vertrauens- und Bezugsperson zu begegnen. Darum steht am Anfang unserer Arbeit immer der Aufbau von Vertrauen. Für die Trainer\_innen ist es sehr wichtig, selbst authentisch zu sein, aber auch Empathie für die Situation des Gegenübers zu entwickeln.

Die Situativpädagogik, ein spezieller, von Violence Prevention Network entwickelter Ansatz, ist für unsere Arbeit richtungsweisend. Wir versuchen, aktiv zuzuhören und aus der spezifischen Situation der Personen und ihres Umfelds kreativ Lern- und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Um einen Zugang zu den Jugendlichen zu finden und Ansatzmöglichkeiten, sie aus verfestigten Denkstrukturen zu lösen, müssen wir bereit sein zu improvisieren und Mut zu unkonventionellen Lösungen haben, die individuell variieren können.

Ein wichtiges Element unserer Arbeit besteht darin, starres Denken zunächst argumentativ zu irritieren. Wenn die Jugendlichen beispielsweise einen bestimmten Gelehrten zitieren, so nehmen wir die Aussage zur





Kenntnis, setzen aber eine andere Aussage dagegen. Wir wollen die Jugendlichen nicht überzeugen, sondern sie dazu anregen, selbstständig in eine andere Richtung zu denken, einen Reflexionsprozess zu beginnen.

## Gründe für die Radikalisierung

Die meisten Jugendlichen, die sich radikalieren, schließen sich aufgrund von emotionalen Schiefen extremistischen Gruppierungen an. Häufig besteht eine Identitätskrise, die Sinnsuche und das Bedürfnis nach einer Reflexionsplattform sind treibende Faktoren.

Viele unserer Klient\_innen stammen aus sozial schwierigen Verhältnissen, nicht selten sind häusliche Gewalt oder eine fehlende Vaterfigur zu beobachten. Auch die Wohnungssituation ist oft prekär. Die religiöse Sozialisation im Elternhaus ist meist eher gering.

Viele Jugendliche schließen sich extremistischen Gruppen an, da sie nach Geborgenheit, Zugehörigkeit und Spiritualität suchen. Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen spielen eine große Rolle und können eine Opfermentalität und Minderwertigkeitsgefühle hervorbringen. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind hier besonders anfällig, da sie bereits Stigmatisierung erfahren haben. Das Selbstwertgefühl dieser jungen Menschen ist oft sehr gering, sie leiden unter Perspektivlosigkeit und erfahren häufig wenig Zuneigung und Wertschätzung.

Radikale Gruppierungen nutzen die Defizite von Jugendlichen aus. Sie geben ihnen scheinbar eine spirituelle Heimat, wecken Gefühle der Brüderlichkeit und den Gemeinschaftssinn. Die Prediger sind meist sehr charismatisch, sie sprechen die Sprache der Jugend und werden zu Identifikationsfiguren. Vor allem beim Einstieg in die Szene bieten sie den Jugendlichen Lösungsansätze und Unterstützung beim Umgang mit jugendtypischen Problemen und Herausforderungen. Die ideologische Vereinnahmung erfolgt dann häufig erst nach und nach. Negative Gefühle werden bewusst in bestimmte Richtungen gelenkt und instrumentalisiert. Die Abwertung von anderen, Gewalt und Hass werden zu Ventilen. Auch die Stilisierung einer kollektiven Opferidentität kann häufig beobachtet werden. Ziel der Prediger ist blinder Gehorsam. Dazu dient auch das Verbot, bestimmte Bücher zu lesen oder über bestimmte Fragen offen nachzudenken. Dem wird ein dichotomes Weltbild entgegengesetzt, in dem die Wahrheit einzig auf der Seite einer bestimmten Islam-Interpretation steht.

## Fazit: Grundlagen und Ziele unserer Arbeit

Unsere Einstellung lässt sich auf zwei Grundsätze zurückführen:

Bindung kommt vor Bildung – Fertigkeiten gezielt fördern.

Da die individuelle emotionale Situation der Jugendlichen fast immer zentraler Beweggrund für eine Radikalisierung ist, ist Biografiearbeit ein wichtiger Baustein unserer Arbeit. Unser Ziel ist es, das emotionale Lernen und die emotionale Intelligenz so zu fördern, dass die Jugendlichen lernen, selbstbestimmt einen Veränderungsprozess in Gang zu bringen. Reine Bildungsthemen spielen bei uns nur eine sehr geringe Rolle. Hingegen bemühen wir uns, gezielt wichtige emotionale Kompetenzen zu fördern.

**Abbildung 2: Fünf Kernkompetenzen zur Unterstützung eines Veränderungsprozesses** (nach Korn/Weilnböck 2013)



Die Herstellung eines von gegenseitiger Akzeptanz geprägten Vertrauensverhältnisses zwischen den Trainer\_innen und den Jugendlichen und die Begegnung auf Augenhöhe sind wichtige Voraussetzungen für unsere Arbeit.

Unsere Ziele:

- Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten in Konflikten mit dem eigenen Kind
- Stärkung und Stabilisierung der Familie
- Raum für eine Selbsthilfegruppe
- Vermittlung von Informationen zum religiös begründeten Extremismus
- Prozessbegleitung

Worldcafé 2

## Vernetzung, Lernbereitschaft, Akzeptanz: die Ressourcen professionellen Handelns

Die unterschiedlichen Diskussionsrunden des zweiten Worldcafés entzündeten sich an den Anregungen aus dem vorangegangenen Vortrag von Hakan Celik. Es war Konsens, dass der Einblick in die Arbeitsweise des Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus sehr informativ und wichtig war, insbesondere um eine weitere Vernetzung zu unterstützen. Allerdings konnten spontan weniger konkrete Anknüpfungspunkte für die sexualpädagogische und -beraterische Arbeit herausgearbeitet werden als beim ersten Vortrag.

Einige Teilnehmer\_innen betonten, dass ihnen Wissen hinsichtlich der religiös beziehungsweise kulturell bedingten Einstellungen zu Sexualität und Reproduktion (wie etwa Schwangerschaftsabbruch, Männer-/Frauenbild, Masturbation, sexuelle Vielfalt etc.) bei den unterschiedlichen (muslimischen) Migrant\_innengruppen in Deutschland fehle. Hier besteht offensichtlich aktuell ein hoher Informationsbedarf bei vielen, die in Sexualpädagogik und Beratung tätig sind.

Insgesamt fiel in allen Diskussionsrunden ein stark selbstreflexiver Ansatz auf, sowohl in Hinsicht auf den Umgang mit Klient\_innen als auch bezüglich der eigenen Wertvorstellungen. Immer wieder wurde die eigene Rolle reflektiert und auch die eigene Belastung durch Vorurteile als solche benannt. Hier zeigten sich ein professionelles Selbstverständnis und ein professioneller Ansatz.

Träger von Beratungs- und Unterstützungsangeboten stehen tagtäglich in einem Spannungsfeld: Zum einen benennen sie Bedarfe, identifizieren Zielgruppen, konzipieren spezifische Angebote und die jeweils passende Methodik, andererseits müssen die einzelnen Berater\_innen und Pädagog\_innen in der Lage sein, in der konkreten Situation den Einzelnen wahrzunehmen und Verallgemeinerungen und Zuschreibungen aufgrund einer Gruppenidentität zu vermeiden. Die Frage, wie sich diese Gratwanderung bewältigen lässt, zog sich wie ein roter Faden durch die Diskussionen der Veranstaltung.

### Lässt sich das vorgestellte Konzept zur Deradikalisierung auf die Sexualpädagogik und -beratung übertragen?

Das Vorgehen zur Deradikalisierung von Jugendlichen, das Celik erläuterte, basiert auf einer Grundhaltung der Akzeptanz und sucht die Begegnung auf Augenhöhe mit den Jugendlichen. In unterschiedlichen Zusammenhängen wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass diese Haltung der Grundeinstellung der Sexualberatung und -pädagogik entspreche und dass man sich insofern bestärkt fühle, insbesondere auch radikalisierte Jugendliche nicht zu verurteilen, sondern sie als vollwertige Personen zu akzeptieren, ihnen aber gleichzeitig auch die Konsequenzen ihres Tuns aufzuweisen und selbst klar Position zu beziehen.

Allerdings wurde einschränkend immer wieder auch geäußert, dass das von Celik weiter beschriebene Vorgehen, der den radikal-islamischen Thesen der Jugendlichen andere freiheitlich orientierte ebenfalls islamische Argumentationen gegenüberstellt, keinen praktischen Nutzen im sexualpädagogischen Umfeld habe. Denn man wolle und könne sich insbesondere in Jugendgruppen nicht auf die Argumentationen muslimischer Prediger einlassen. Es wurde auch die Frage diskutiert, ob man im sexualpädagogischen Bereich überhaupt deradikalisierend arbeiten könne.

In einer anderen Diskussionsrunde wurde auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge verwiesen, die in der Sexualpädagogik aktuell sehr präsent sind. Diese Gruppe brauche besondere Sorgfalt, insbesondere auch weil sie aufgrund ihrer unsicheren Stellung eher zugänglich für radikale Ansichten seien.





## Gibt es spezifische Bedarfe in Sexualberatung und -pädagogik bei jugendlichen Muslim\_innen?

Eine Runde konzentrierte sich in der Diskussion auf eine Schlüsselproblematik der Sexualpädagogik, dass es nämlich muslimische Jugendliche immer wieder vollkommen ablehnten, über Sexualität zu reden. In vielen muslimischen Familien seien Sexualthemen stark tabuisiert, sodass man gar nicht mit den Jugendlichen ins Gespräch kommen könne. In einer anderen Runde wurde darauf hingewiesen, dass mangelnde Sexualaufklärung eventuell auch ein soziales und weniger ein religiöses Problem sei, denn in muslimischen Familien mit besserem Zugang zu Bildung gebe es durchaus eine Kultur der Aufklärung.

Ein weiterer Gesprächskreis relativierte die sexualitätsfeindliche und homophobe Einstellung, die Muslim\_innen häufig unterstellt wird, mit dem Hinweis darauf, dass eine Mehrzahl von Eltern beispielsweise Probleme habe, wenn ihre Kinder sich als homosexuell outen – und dies keineswegs nur in muslimischen Familien.

In Bezug auf die strukturelle Ebene wurde auch ein gewisses Unbehagen unter den Anwesenden fassbar. Insbesondere wurde die Frage laut, warum aktuell so forciert zu dem Thema der unbegleiteten Jugendlichen gearbeitet werde und warum das fast immer mit einem problematisierenden Blick erfolge. In der Arbeit mit Klient\_innen aus diesem Umfeld sollte man besonders vorsichtig vorgehen und sich unter anderem folgende Fragen stellen: Was bringen sie an Erfahrungen mit? Wie lassen sich neue Zugänge zu dieser Zielgruppe finden? Wie arbeitet man in Schulklassen, wenn die Wissensbasis stark uneinheitlich ist? Wie gehen wir mit Diskriminierungserfahrungen um?

Schließlich eröffnete eine Diskussionsrunde auch noch einen Blick auf die Chancen insbesondere der sexualpädagogischen und beratenden Arbeit mit Migrant\_innen. Hier begegne man sich auf einer Ebene, die Emotionalität anerkennt, und durch das Beziehungsangebot eine Kommunikationsmöglichkeit biete, der jenseits aller Distanz Begegnung und Nähe ermöglichen könne. ■

Vortrag 3

# Jeder hat ein Recht auf sexuelle Gesundheit.

## Zugangsbarrieren und Chancen im Zugang zu HIV- und STI-Testangeboten für Migrant\_innen

*Navina Sarma*

### Zusammenfassung

Der Vortrag von Navina Sarma vom Robert Koch-Institut behandelte auf Basis von zwei aktuellen qualitativen Studien Zugangsbarrieren und Chancen im Zugang zu HIV- und STI-Testangeboten für Migrant\_innen. Eine der Studien (MiTest-Studie) hat ergeben, dass ein eingeschränkter Zugang vor allem bei Migrant\_innen besteht, die sich in prekären sozialen oder ökonomischen Lebenssituationen befinden oder deren Umfeld HIV oder nicht heteronormative Sexualität tabuisiert. Auch eine mangelnde Identifikation mit der Zielgruppe der Angebote verschlechtert die Akzeptanz von Testmöglichkeiten. Die zweite vorgestellte Studie (MiSSA-Studie) zielte speziell auf die Gruppe der Migrant\_innen aus Subsahara Afrika (MiSSA) als zweitgrößte Gruppe der HIV-Neudiagnosen in Deutschland. Die Studie ergab, dass bei MiSSA Informationsbedarf besteht. Die MiSSA-Community gilt allgemein als schwer zugänglich, konnte aber über Peer Researcher gut erreicht werden. Insgesamt wurde deutlich, dass bestehende Angebote durch Anerkennung der Diversität, Partizipation und Stärkung der Kulturkompetenz besser an den Bedarf angepasst werden müssen und dass partizipative Forschung ein guter Weg ist, Zugang zur Zielgruppe zu finden und nachhaltig Veränderungen zu erreichen.

©: privat



*Navina Sarma, Robert Koch-Institut, Berlin*

Navina Sarma ist Krankenschwester, Südasien-Historikerin und Gesundheitswissenschaftlerin am Robert Koch-Institut. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Infektionserkrankungen, sexuelle Gesundheit, Prävention, Migration und Sexarbeit im Hinblick auf das Recht auf Gesundheit. Derzeit koordiniert sie die Entwicklung und Implementierung einer syndromischen Surveillance in Berliner Notunterkünften für Geflüchtete.





Welche Barrieren und Chancen im Zugang zu HIV- und STI-Testung können zugewanderte Menschen in Deutschland haben? Mit dieser Frage befassten sich zwei Studien des Robert Koch-Instituts (RKI), die im Folgenden vorgestellt werden. Die Argumentation erfolgt aus einer gesundheitswissenschaftlichen Perspektive. Die Gesundheitswissenschaften nehmen Bevölkerungskollektive (in diesem Fall Migrant\_innen) in den Blick und identifizieren Präventionsbedarfe und Gesundheitsdefizite. Daran anknüpfend entwickeln sie Konzepte, die zur Verbesserung der Gesundheit beitragen.

In Deutschland gibt es keinen gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung. Einen Eindruck hierzu schafft der Migrant Integration Policy Index (MIPEX). Er vergleicht die Integrationspolitik aller EU-Staaten sowie einiger weiterer Staaten, wobei unter anderem der Zugang zu gesundheitlichen Dienstleistungen untersucht wird. Im Länder-Ranking 2014 erreichte Deutschland in diesem Bereich Platz 22 von insgesamt 38 Staaten. Dies erklärt sich unter anderem aus der deutschen Gesetzgebung, die zum Beispiel im Asylbewerberleistungsgesetz nur bedingten Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglicht. Manchen Bevölkerungsgruppen (zum Beispiel Menschen ohne Krankenversicherung) ist er sogar ganz versagt.

## Forschung zu Migration und Gesundheit

Wir leben in einer Migrationsgesellschaft. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass in ihr „Menschen und Communities mit verschiedensten Migrationsbiografien, in unterschiedlichsten politischen und sozialen Lagen und mit vielfältigen religiösen, ethnischen und kulturellen Zugehörigkeiten“ (Sarma 2014, Seite 17) leben. Die Gesundheitswissenschaften reagieren darauf, indem sie vermehrt danach fragen, ob und inwieweit sich Migration auf Gesundheit auswirkt. Wichtig scheint dabei die Berücksichtigung unterschiedlicher biografischer Phasen, vor, während und nach der Migration, die jeweils spezifische Probleme und Risiken für die Gesundheit aufweisen können (schlechte Gesundheitsversorgung in Kriegsgebieten, Gefahren der Flucht, Leben in Massenunterkünften etc.) (ECDC 2009).

Es zeichnet sich ab, dass migrationsassoziierte Faktoren einen positiven wie negativen Einfluss auf Gesundheit haben können. Aber oftmals sind es andere, sozialökonomische oder bildungsbezogene Faktoren, die Gesundheit beeinflussen. Die im Kinder- und Jugendgesundheitsurvey KIGGS beobachteten gesundheitlichen Unterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund zum Beispiel scheinen oftmals eher milieu- als migrationspezifisch verursacht zu

**Abbildung 1: Mögliche Einflussfaktoren auf Gesundheit** (Abbildung angelehnt an Riccardo et al. 2015)

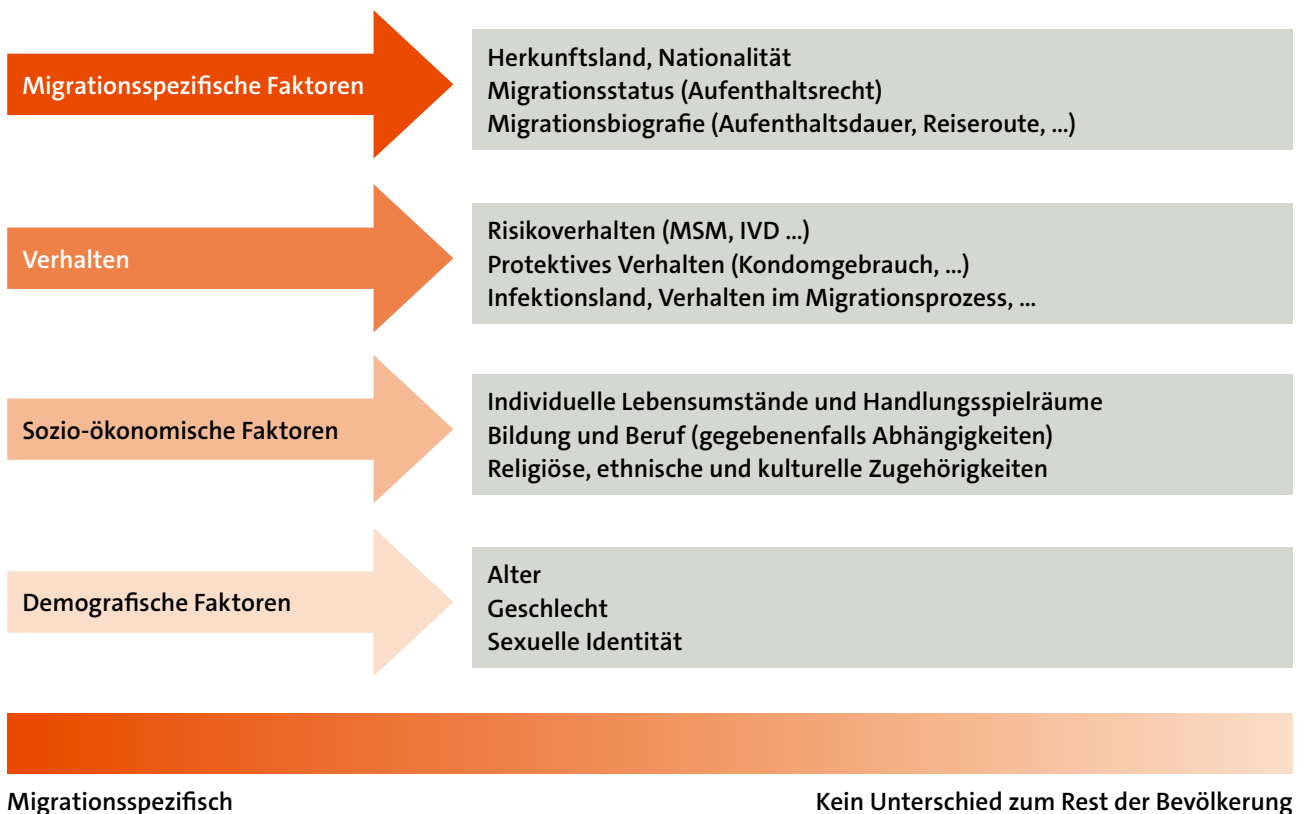
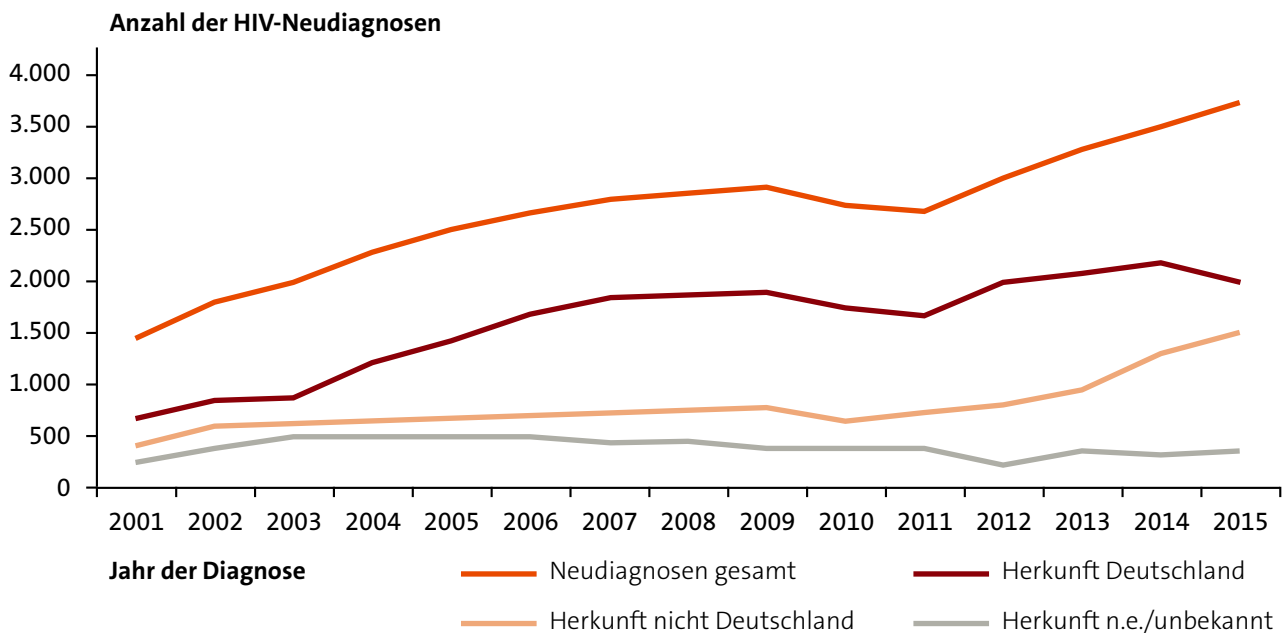


Abbildung 2: HIV-Neudiagnosen nach Herkunftsangaben, 2001 bis 2015 (n= 39.655) (RKI 2016, Seite 415)



sein (Knipper/Bilgin 2009). Es bleibt festzuhalten, dass Migrant\_innen eine sehr heterogene Gruppe sind. Entsprechend beeinflussen viele verschiedene Faktoren die Gesundheit, von denen nur einige migrationspezifisch sind (Abb. 1).

Die Forschung zu Migration und Gesundheit sollte die Komplexität des Forschungsgegenstands kennen und sich bemühen, Verallgemeinerungen, Stigmatisierungen und der Festigung kultureller Zuschreibungen entgegenzuwirken.

### Die MiTest-Studie

Die MiTest-Studie ist eine qualitative Studie, die den Zugang zu HIV- und STI-Testung für Migrant\_innen in Deutschland untersuchte. Dies ist von besonderem Interesse, da 2015 über ein Drittel der HIV-Neudiagnosen bei Menschen mit nicht deutscher Herkunft festgestellt wurden (Abb. 2). Migration ist folglich im Rahmen der HIV-Epidemie in Deutschland ein epidemiologisch relevanter Faktor. Die Zahlen zeigen zudem, dass die Neudiagnosen bei Menschen deutscher Herkunft aktuell abnehmen, während sie bei Menschen nicht deutscher Herkunft weiter ansteigen. Besonders betroffen sind Personen, die aus der Region Subsahara-Afrika nach Deutschland zugewandert sind (RKI 2016).

Einschränkend ist zu sagen, dass diese Zahlen nicht der Anzahl von tatsächlichen HIV-Infektionen entsprechen, da nicht alle Fälle diagnostiziert werden. Bei besserem

Zugang zur Testung und höherem Risikobewusstsein oder wenn beispielsweise Screenings durchgeführt werden, kann diese Zahl ansteigen, ohne dass es tatsächlich mehr Infektionen gibt. Weitere wichtige Faktoren für eine höhere Infektionsrate bei Migrant\_innen sind die epidemiologische Situation im Herkunftsland, ein möglicherweise erhöhtes Risikoverhalten sowie ein erschwerter Zugang zu Präventionsangeboten. Studien zeigen, dass Migrant\_innen keinen gleichberechtigten Zugang zu Testangeboten haben (so zum Beispiel ECDC 2009; von Unger et al. 2011; Santos-Hövenner et al. 2015).

In der MiTest-Studie diskutierten Akteur\_innen aus der professionellen Praxis, wie gut die Inanspruchnahme von Testung durch Migrant\_innen in Deutschland ist (Sarma/Thorlie 2016). Der Begriff „Migrant\_innen“ wurde absichtlich nicht vorab definiert, um den Studienteilnehmenden die Entscheidung zu überlassen, wen sie unter diese Kategorie einordnen. Im Oktober und November 2014 wurden in sechs großen deutschen Städten Fokusgruppen mit Ärzt\_innen, Berater\_innen und Sprachmittler\_innen aus dem öffentlichen Gesundheitsdienst, AIDS-Hilfen, der Malteser Migranten Medizin, Schwerpunktpraxen und Migrant\_innenberatungsstellen durchgeführt. Neben der konkreten Fragestellung ergab sich als Zugewinn auch eine bessere Vernetzung unterschiedlicher Akteur\_innen.

Die Fokusgruppen ergaben, dass dann ein guter Zugang zu Testung besteht, wenn klinische Symptome und ein







**Tabelle 1: Ergebnisse der MiTest-Studie: Barrieren und Handlungsbedarfe**

<b>Ebene</b>	<b>Barrieren</b>	<b>Handlungsbedarfe</b>
<b>Politik</b>	<b>Fehlende Ressourcen und finanzielle Mittel</b> <b>Kopplung der Gesundheit an den Aufenthaltsstatus</b> <b>Eingeschränkter Zugang zu medizinischer Versorgung</b>	<b>Voraussetzungen schaffen, um Menschen unabhängig von ihrer Herkunft einen gleichberechtigten und selbstbestimmten Zugang zu Gesundheitsversorgung zu ermöglichen</b>
<b>Angebote</b>	<b>Angebote sind teilweise nicht an den Bedarf und die Lebenswelt der Klientel angepasst</b> <b>Zumeist gibt es keine fest integrierte Sprachmittlung</b> <b>Fehlende Sensibilisierung (zum Beispiel bei der Ärzteschaft)</b>	<b>Bedarfsermittlung</b> <b>Umsetzung angemessener Angebote</b>
<b>Nutzung</b>	<b>Rassismuserfahrungen, Diskriminierung</b> <b>Stigmatisierung und Tabuisierung von Sex, HIV</b> <b>Fehlende Informationen zum Angebot</b>	<b>Optimierung der Lebenssituation im Hinblick auf gleichberechtigte Handlungsmöglichkeiten und Zugänge zu Angeboten</b>

Risikobewusstsein vorhanden sind und wenn Menschen sich durch spezifische Angebote angesprochen fühlen (zum Beispiel spezielle Angebote für Sexarbeitende oder MSM). Umgekehrt besteht ein eingeschränkter Zugang in prekären sozialen oder ökonomischen Lebenssituationen, aber auch wenn HIV oder nicht heteronormative Sexualität im Umfeld tabuisiert sind oder wenn keine Identifikation mit der Zielgruppe der Angebote besteht. So könnte zum Beispiel ein Mann, der Sex mit Männern hat, sich aber nicht als schwul definiert, Probleme damit haben, ein Angebot in Anspruch zu nehmen, das explizit schwule Männer anspricht. Viele Einrichtungen haben geäußert, dass insbesondere „Stricher“ schwer zu erreichen seien. Insgesamt herrschte bei den Einrichtungen Unsicherheit darüber, wen sie nicht erreichen.

Der Umgang mit den Themen Migration und HIV beziehungsweise STI der Teilnehmer\_innen der Fokusgruppen war reflektiert, viele Problemfelder, Barrieren und Herausforderungen waren bekannt, und es wurde berichtet, dass in der Praxis bereits eine Reihe von speziell auf schwierig zu erreichende Zielgruppen zugeschnittene Angebote existieren (zum Beispiel aufsuchende Arbeit). Andererseits konnten auch Defizite herausgearbeitet werden: Bemängelt wurde, dass Wissen zu Bedarfen fehle, Angebote nicht ausreichend an den Bedarf angepasst würden, Sprachmittlung bisher selten ein fester Bestandteil der Angebote wäre und Evaluierung und Qualitätssicherung bestehender Angebote kaum vorhanden seien.

Die Studie konnte Barrieren auf drei unterschiedlichen Ebenen sowie entsprechende Handlungsbedarfe identifizieren (siehe Abb. 3). Insgesamt wurde die Komplexität

des Themas deutlich und dass vielschichtige Mechanismen Zugänge ermöglichen oder verhindern.

Die Teilnehmenden der Fokusgruppen kamen zu dem Schluss, dass keine migrationspezifischen Angebote entwickelt werden sollten, sondern dass man sich bemühen sollte, bestehende Angebote zu optimieren und dabei Diversität anzuerkennen und kulturkompetent zu handeln. Dabei ist es aus Sicht der Beteiligten wichtig, Barrieren nicht bei Migrant\_innen zu suchen, sondern zu fragen, was man selbst tun kann, um Zugänge zu ermöglichen. So wurde vorgeschlagen, interkulturelle Kompetenzen bei den Berater\_innen zu fördern und Identifikationsflächen zu schaffen. Als wichtige konkrete Maßnahmen wurden hervorgehoben: aufsuchende Arbeit, fest integrierte Sprachmittlung, Vernetzung und Austausch aller Akteur\_innen und die Einbeziehung von Migrant\_innen in Praxis und Forschung.

### Die MiSSA-Studie

Auf Migrant\_innen aus Subsahara-Afrika (MiSSA) entfielen in den letzten Jahren mit 10 bis 15 Prozent die zweitmeisten HIV-Neudiagnosen in Deutschland. In den vergangenen zehn Jahren wurde etwa jede siebte dieser Infektionen auch innerhalb Deutschlands erworben (13,9 Prozent) (RKI 2016). Die Diagnose erfolgte dabei häufig in einem späten klinischen Stadium. Hier wird deutlich, dass Bedarf an Prävention und Testung in Deutschland besteht. Daher hat das Robert Koch-Institut 2014 bis 2016 die MiSSA-Studie durchgeführt, eine partizipativ konzipierte Studie zu sexueller Gesundheit mit Migrant\_innen aus Subsahara-Afrika.



Die Studie zielte darauf, das vorhandene Wissen zu HIV bei MiSSA, die Inanspruchnahme von Testung und das Verhalten dieser Bevölkerungsgruppe zu untersuchen. Dabei wurde ein partizipativer Ansatz verfolgt, um nicht über, sondern mit MiSSA zu forschen. Das Team bestand aus MiSSA, die gleichberechtigt in den Forschungsprozess eingebunden waren, aus Akteur\_innen der HIV-Prävention und aus Wissenschaftler\_innen. Die Datenerhebung erfolgte in sechs Städten durch Peer Researcher, also speziell geschulten MiSSA, die mit den Fragebögen in die Communitys gingen und Teilnehmer\_innen rekrutierten. Befragt wurden zwischen Januar 2015 und April 2016 etwa 3000 Migrant\_innen aus Subsahara-Afrika. Die Befragung sollte Wissen abfragen, gleichzeitig aber auch Informationen vermitteln. Daher wurde Wissen in Form wahrer Aussagen erhoben und die Befragten sollten angeben, ob ihnen diese Aussagen bereits bekannt waren.

Die Befragung in der Studienstadt Berlin zeigte beispielsweise, dass HIV-Testangebote von MiSSA besser genutzt werden, wenn generelles Wissen zu HIV vorhanden ist, wenn die Personen informiert sind, dass bei positivem HIV-Status keine Abschiebung droht, und wenn HIV in der Community ein Thema ist (Kühne 2016). Das Wissen zu HIV in der Gesamtauswertung war bei den befragten MiSSA insgesamt gut – dies wurde auf dem Studienabschlussstreifen im November 2016 vorgestellt. Gleichzeitig wussten nur knapp über die Hälfte der Befragten, dass es ein kostenloses HIV-Testangebot in ihrer Stadt gibt, dass ein positiver HIV-Status kein Abschiebungsgrund ist und dass STI das HIV-Risiko erhöhen. Die Befragung offenbarte außerdem einen besonderen Informationsbedarf bei Migrant\_innen, die erst seit Kurzem in Deutschland sind, und bei solchen mit geringem sozioökonomischem Status.

Die Studie identifizierte Informationsdefizite bei MiSSA, zum Beispiel zu kostenlosen Testangeboten, zeigte aber auch, dass MiSSA ein großes Interesse nach mehr Informationen zu Themen sexueller Gesundheit haben. Deutlich wurde auch, dass Gruppen, die als schwer erreichbar gelten, über Peer Researcher gut erreicht werden können. Die abschließenden Empfehlungen werden gerade erstellt. Die Nachhaltigkeit der Studie ist gewährleistet: In mehreren Städten gibt es Folgeprojekte, die die in der Studie identifizierten Bedarfe aufgreifen und darauf zielen, MiSSA den Zugang zu HIV-Testung zu erleichtern.

## Fazit

Der Migrationsstatus selbst sagt nichts über den Zugang zu HIV- und STI-Testangeboten aus. Über guten oder schlechten Zugang entscheiden hingegen vorrangig die Lebenssituation und die Handlungsmöglichkeiten einer Person. Vielschichtige Mechanismen ermöglichen oder verhindern die Zugänge zur Testung. Insgesamt müssen bestehende Angebote durch Anerkennung der Diversität, durch Partizipation und Stärkung der Kulturkompetenz besser an den Bedarf angepasst werden. Partizipative Forschung erlaubt es, Bedarfe besser zu ermitteln, Zugänge zu ermöglichen und nachhaltig Veränderungen zu schaffen.

Weitere Informationen zur MiSSA-Studie und zur MiTest-Studie sind auf der RKI-Webseite unter [www.rki.de/missa](http://www.rki.de/missa) beziehungsweise [www.rki.de/mitest](http://www.rki.de/mitest) einzusehen.

## Diskussion

Navina Sarma erklärte auf Nachfrage, dass das Ziel von Screenings bei Flüchtlingen aus Public-Health-Sicht sein solle, dass es in Massenunterkünften keinen Infektionsausbruch gibt. Insofern wäre ein Screening von HIV und Hepatitis B, wie es in manchen Bundesländern durchgeführt wird, nicht zu empfehlen. Als problematisch sei in diesem Zusammenhang auch zu sehen, dass Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nur eingeschränkten Zugang zum Gesundheitssystem haben und die Feststellung einer Krankheit nur dann sinnvoll ist, wenn nachher auch eine Therapie angeboten werden kann. Während es ein freiwilliges anonymes Testangebot immer geben sollte, hätte Zwangstestung eine stigmatisierende Wirkung.

Auf die Frage, warum ein Viertel der HIV-Neuinfektionen von MiSSA in Deutschland erworben würde, erläuterte Sarma, dass dies bisher nicht geklärt sei. In der Studie wurde nicht danach gefragt, da dies hochsensible Daten sind: Ein positiver HIV-Status ist ein gehütetes Geheimnis gerade in MiSSA-Communitys.

Die vorgestellte Studie, die darauf zielte, das vorhandene Wissen zu HIV und die Inanspruchnahme von Testung bei Migrant\_innen aus Subsahara Afrika (MiSSA) zu untersuchen, machte die Untersuchungsobjekte zu handelnden Subjekten, indem sie MiSSA in allen Phasen der Studie einbezog. Davon ausgehend wurde die Frage thematisiert, ob und wie sich Partizipation der Zielgruppen im Konzeptionsprozess von Angeboten in der Sexualpädagogik und Beratung zu Sexualität und Familienplanung umsetzen lässt. Reicht es aus, Selbstorganisationen in den Diskurs einzubeziehen? Können diese zu Recht proklamieren, die Mehrzahl der Gruppe zu repräsentieren? ■



## Menschenrechtliche Werte im Mittelpunkt

100 Fachleute aus Beratung, Sexualpädagogik, Sozialarbeit, aus Hochschulen und öffentlichen Einrichtungen nahmen an der ausgebuchten Veranstaltung teil.

Nach der Begrüßung durch Prof. Dr. Davina Höblich vom pro familia Bundesvorstand referierten Prof. Dr. Zülfukar Çetin von der Alice Salomon Hochschule in Berlin, Hakan Celik vom Violence Prevention Network e. V. in Frankfurt am Main und Navina Sarma vom Robert Koch-Institut in Berlin.

Prof. Dr. Zülfukar Çetin legte in seinem Vortrag sehr anschaulich dar, dass in der westlichen Welt Muslimen häufig Einstellungen wie Homophobie, Sexismus und Antisemitismus zugeschrieben würden und dass darin letztlich ein antimuslimischer Rassismus zum Ausdruck käme. Im zweiten Vortrag stellte Hakan Celik die Arbeit des Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus vor und insbesondere die spezielle Methode der Deraikalisierungsarbeit, die Violence Prevention Network, Träger des Hessischen Netzwerks, entwickelt hat und die als Situativpädagogik bezeichnet wird. Der dritte Vortrag von Navina Sarma vom Robert Koch-Institut behandelte auf Basis von zwei aktuellen qualitativen Studien Zugangsbarrieren und Chancen im Zugang zu HIV- und STI-Testangeboten für Migrant\_innen und betonte vor allem den Gewinn, den partizipative Strukturen für die Forschung bedeuten.

Zwischen den Vorträgen fanden mehrere Worldcafés statt. Sie boten die Möglichkeit, das Gehörte zu vertiefen, Zugangswege und Umsetzungsschritte für die Praxis zu besprechen, sowie für ein gegenseitiges Kennenlernen. Abschließend wurden die Ergebnisse des Tages im Plenum zusammengetragen. Die Journalistin Hadija Haruna-Oelker, die die Fachtagung moderierte, befragte Prof. Dr. Davina Höblich vom pro familia Bundesvorstand und Almuth Duensing, Sexualpädagogin von pro familia Nordrhein-Westfalen, zu ihren Eindrücken und bat um ein persönliches Fazit. Außerdem berichteten Malin Scheurer vom pia Jugendnetzwerk der pro familia und Gürcan Kökgiran, Soziologe von der Hochschule Fulda, aus den Worldcafés. Sie hatten als

Tagungsreporter\_innen teilgenommen mit dem Auftrag, einen Einblick in die Stimmung und die Themen der Diskussionen zu geben.

### Fazit

Die starke Nachfrage nach Teilnahmeplätzen zeigte ein großes Interesse an dem Thema der Tagung, die offensichtlich einen Nerv der Zeit getroffen hatte.

Die Relevanz des Tagungsthemas wurde hoch eingeschätzt, ist doch die Vielfalt der Klientel mit ihren diversen Einstellungen, Biografien, geografischen und religiösen Bezügen und kulturellen Verortungen beruflich herausfordernd. Dies umso mehr als soziale Ungleichheiten und gesellschaftliche Spannungen zunehmen.

Viele der fast 100 Teilnehmenden, die aus ganz Deutschland angereist waren, äußerten im Laufe der Diskussionen erhöhten Bedarf für fachliche und politische Debatten und für mehr praxisorientiertes, aktuelles Wissen zur Erweiterung inter- und transkultureller Kompetenzen. Gefordert wurde auch der Ausbau von sexualpädagogischen und beraterischen Angeboten, um den hohen Bedarf zu decken.

In den Referaten und Worldcafés wurden konkrete Bedarfe angesprochen: Obwohl Sexualität ein dominierendes Lebensthema bei Jugendlichen ist, greift die Sozialarbeit mit Jugendlichen, die Gefahr laufen, in islamistischen Extremismus abzugleiten, das wichtige Lebensthema Sexualität nicht explizit auf. Hier besteht Handlungsbedarf. Weitere konflikthafte Themen, die genannt wurden, waren: die Kontroversen bei Fachkräften um die Vorhautbeschneidung bei Jungen, Rassismus gegenüber Migrant\_innen, Frauendiskriminierung, Verunglimpfungen von gleichgeschlechtlich liebenden Menschen, Selbstaussgrenzungen von Jugendlichen, die einhergehen mit der problematischen Stilisierung kollektiver (muslimischer) Opferidentitäten, Bildungsdefizite in Bezug auf Religionen und deren Interpretationen,

soziale Benachteiligungen und nicht zuletzt blinde Flecken in den Wissenschaften, die bisher noch eher selten partizipative Forschungsansätze und mehr Lebensnähe realisieren. Als Barriere beim Zugang zu Angeboten wurde der Mangel an Sprachmittler\_innen benannt. Hierfür wurden Ressourcen eingefordert, um die basale Verständigung mit Menschen überhaupt erst zu ermöglichen.

Sexualpädagogen\_innen berichteten von Migrant\_innen, die nicht (mit ihnen?!) über Sexualität sprechen möchten. Angebote sollten deshalb gründlich auf ihre Angemessenheit hin hinterfragt und weiterentwickelt werden, damit sie lebensnah und von den Menschen genutzt und akzeptiert werden können – dies auch in Hinsicht auf Angebote für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge als eine wichtige Adressatengruppe für sexualpädagogische Programme.

Migrant\_innen werden vielleicht allzu leicht per se als „Problemgruppe“ angesehen. Hier stellt sich die Frage, ob Akteur\_innen in der sozialen Arbeit diese Haltung teilen und Menschen vorab gruppenbezogen festlegen. Dies könnte vielleicht eine negative Begleiterscheinung aktueller Spaltungen in der Gesellschaft sein. Demgegenüber steht die große Vielfalt migrantischer Lebenswelten und individueller Lebensvorstellungen in Deutschland und Europa.

Konflikte können auch innerhalb der in der sozialen Arbeit tätigen Teams bestehen, wo zwischen migrantischen und nicht-migrantischen Kolleg\_innen nicht immer Augenhöhe erreicht wird. So sollten Fachkräfte mit migrantischen Wurzeln in den Teams nicht auf das Thema und die Perspektive der Migrant\_in eingeeengt werden.

Offenkundig wurde, dass es an Ressourcen, Kompetenzen und Zeit für Supervision und Reflexion zu inter- und transkulturellen beruflichen Herausforderungen mangelt und diese ausgebaut werden sollten. Institutionelle Unterstützungen und Empowerment sind notwendig, damit die Trägerinstitutionen sich auch nach innen neu ausrichten und Wegbereiter für rechtebasierte Angebote sein können. Denn das Engagement muss institutionell begriffen werden und darf nicht auf den Schultern von einzelnen Engagierten lasten.

Antiaufklärerische organisierte Bewegungen sind derzeit in Europa im Vormarsch. Sie transportieren antiaufklärerische Haltungen zu Sexualität und Partnerschaft. Diese werden verschleiert als vermeintlich unumstößliche religiöse Gebote oder – bei anderen Gruppierungen –

als abzugrenzende „Identitäten“, die national, kulturell und/oder ethisch kostümiert werden. Antiaufklärerische Haltungen errichten Mauern zwischen den Menschen. Häufig gehen sie einher mit Forderungen nach einer einseitig normierten, als „normal“ oder „gesund“ verbrämten sexuellen Lebensweise, die mit patriarchalischen Machtverhältnissen in Familie und Partnerschaft verbunden wird. Die Auswirkungen dieser gesellschaftlichen Verschiebungen auf die Arbeitsfelder der Sexualpädagogik und Beratung zu Sexualität und Familienplanung gilt es in den Blick zu nehmen.

Um antiaufklärerischen Haltungen fachlich zu begegnen und um die Angebote zu Sexualität, Partnerschaft und Familienplanung bedarfsorientiert und lebensnah weiterzuentwickeln, braucht es institutionelle Handlungsperspektiven, die über die konkrete Einzelfallarbeit hinausgehen. Es braucht zusätzliche Ressourcen, um Erkenntnisse über die Menschen zu erheben, die im lokalen Umfeld leben, und um Fragen wie diese fundiert zu bearbeiten: Für wen müssen Angebote gemacht werden? Welche (sexuellen und reproduktiven) Lebensweisen und Lebensplanungen existieren in den Communitys und bei den einzelnen Menschen? Wie stellen sich die unterschiedlichen (migrantischen) Gruppen ein erfülltes, glückliches Leben, Sexualität und Familienplanung vor? Welche Bedarfe und Kompetenzen haben Migrant\_innen in Bezug auf sexuelle und reproduktive Gesundheit?

Sexualpädagogik und psychosoziale Beratung stellen Augenhöhe her. Sie haben zwei zentrale fachliche Verankerungen: Den Orientierungsrahmen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR) und das psychosoziale Beratungsverständnis gemäß der Standards des Deutschen Arbeitskreises für Jugend-, Ehe- und Familienberatung (DAKJEF). Damit schaffen sie Räume, in denen Fachlichkeit, Vertraulichkeit und Klient\_innen-Rechte gewahrt und weiterentwickelt werden. Hier eröffnet sich eine echte Chance, bedarfsgerecht und die Selbststimmung fördernd, im Sinne der Klient\_innen-Rechte zu arbeiten.

In der zeitlich hochbeschleunigten, medial digitalisierten und transkulturellen Alltagswelt brauchen Institutionen und Fachpersonen kritisches, reflexives Potenzial, Zeit und Fachlichkeit, um die „Nebenwirkungen“ der gesellschaftlichen Entwicklungen, die Ambivalenzen und auch





---

positiven Paradoxien zu bearbeiten. Dies umso mehr, da nur so die notwendige Lebensnähe, die soziale Arbeit auch braucht, erarbeitet werden kann.

Die politische Großwetterlage wirkt sich auf die Anforderungen in den Tätigkeitsfeldern Sexualität, Partnerschaft, Gleichstellung der Geschlechter und Familienplanung aus. Nicht zuletzt stellen sich diese Fragen: Was kann institutionelle Sexualpädagogik und psychosoziale Beratung dazu beitragen, anti-aufklärerischen Politiken, (religiösem) Extremismus, Frauendiskriminierung, Rassismen und Hass die Nahrung zu entziehen? Gab es in den letzten Jahren vielleicht auch eigene Versäumnisse?

Die Fachtagung war angetreten, um Wissenstransfer und Fachlichkeit mit dem Fokus Migration in der sexuellen Bildung und Beratung zu vermitteln. Sie war zugleich ein Forum für die Umsetzung des fünften Ziels der Sustainable Development Goals (SDG) zur Gleichstellung von Mädchen und Frauen und zur Gewährleistung und Stärkung des Zugangs aller Menschen zu sexueller Gesundheit und Rechte (SRGR). ■

Literatur

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2015): Verstehen was verbindet. Sonderauswertung Islam 2015. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick. Online unter: [www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51\\_Religionsmonitor/Zusammenfassung\\_der\\_Sonderauswertung.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung_der_Sonderauswertung.pdf) (Zugriff: 8.2.2017).
- Birnbaum, Robert / Woratschka, Rainer / Austilat, Andreas / Böhme, Christian (2015): Rechte und Pflichten für Neubürger CDU will Integrationspflicht. Der Tagesspiegel vom 28.11. 2015. Online unter: [www.tagesspiegel.de/politik/rechte-und-pflichten-fuer-neubuerger-cdu-will-integrationspflicht/12653132.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/rechte-und-pflichten-fuer-neubuerger-cdu-will-integrationspflicht/12653132.html) (Zugriff: 8.2.2017).
- CDU/DIE GRÜNEN (2013): Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen. Hessen 2014 bis 2019. Koalitionsvertrag zwischen der CDU Hessen und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen für die 19. Wahlperiode des hessischen Landtags 2014–2019. Online unter: [www.vielfalt-bewegt-frankfurt.de/sites/default/files/medien/downloads/koalitionsvertrag\\_zwischen\\_cdu\\_und\\_den\\_gruenen\\_hessen.pdf](http://www.vielfalt-bewegt-frankfurt.de/sites/default/files/medien/downloads/koalitionsvertrag_zwischen_cdu_und_den_gruenen_hessen.pdf) (Zugriff: 9.2.2017).
- ECDC (2009): Technical Report. Migrant health: Access to HIV prevention, treatment and care for migrant populations in EU/EEA countries. Online unter: [http://ecdc.europa.eu/en/publications/publications/0907\\_ter\\_migrant\\_health\\_hiv\\_access\\_to\\_treatment.pdf](http://ecdc.europa.eu/en/publications/publications/0907_ter_migrant_health_hiv_access_to_treatment.pdf) (Zugriff: 3.3.2017).
- FRA – European Union Agency for Fundamental Rights (Hrsg.) (2013): Discrimination and hate crime against Jews in EU Member States: experiences and perceptions of antisemitism. Online unter: [http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2013-discrimination-hate-crime-against-jews-eu-member-states\\_en.pdf](http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2013-discrimination-hate-crime-against-jews-eu-member-states_en.pdf) (Zugriff: 8.2.2017).
- Gangarova, Tanja (2015): HIV-Prävention für & mit Migrant\_innen. Standards. Praxisbeispiele. Grundlagen. Berlin: Deutsche AIDS-Hilfe e.V. Online unter: <http://www.hiv-migration.de/sites/default/files/attachments/DAH-Standards%20Migration%202015.pdf> (Zugriff: 3.3.2017).
- Hirschfeld, Magnus (1914), Die Homosexualität des Mannes und des Weibes, Berlin: Louis Marcus Verlagsbuchhandlung.
- KIGGS – Kinder- und Jugendgesundheitssurvey 2003–2006 (2008): Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland. Bericht im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit. Berlin: Robert Koch-Institut. Online unter: [https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsB/KIGGS\\_migration.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsB/KIGGS_migration.pdf?__blob=publicationFile) (Zugriff: 3.3.2017).
- Knipper, Michael / Bilgin, Yasar (2009): Migration und Gesundheit. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Korn, Judy / Weilnböck, Harald (2013): Der lange Abschied von Hass und Gewalt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 63: Seiten 29–31. Online unter: [www.bpb.de/apuz/164926/der-lange-abschied-von-hass-und-gewalt](http://www.bpb.de/apuz/164926/der-lange-abschied-von-hass-und-gewalt) (Zugriff: 10.2.2017).
- Kühne, Anna (2016): Knowledge, attitudes, behaviours and practices regarding reproductive health and HIV among migrants from Sub-Saharan Africa (MISSA) in Berlin, Germany – a participatory research study. Masterarbeit: Charité – Berlin School of Public Health/Robert Koch-Institut. Online unter: [https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/H/HIVAIDS/Studien/MiSSA/Downloads/MiSSA\\_Masterarbeit\\_2016](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/H/HIVAIDS/Studien/MiSSA/Downloads/MiSSA_Masterarbeit_2016) (Zugriff: 21.3.2017).
- MiSSA-Studie (2014–16): KABP-Studie mit HIV- und STI-Testangebot bei und mit in Deutschland lebenden Migrant\_innen aus Subsahara-Afrika (MISSA). Online unter: [www.rki.de/DE/Content/InfAZ/H/HIVAIDS/Studien/MiSSA/MiSSA\\_node.html;jsessionid=BE57DBA3CCACAE4413A0878828086E572\\_cid381](http://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/H/HIVAIDS/Studien/MiSSA/MiSSA_node.html;jsessionid=BE57DBA3CCACAE4413A0878828086E572_cid381) (Zugriff: 3.3.2017).
- pro familia (Hrsg.) (2014): Welche Kenntnisse müssen sexualpädagogische Fachkräfte mitbringen? Rahmenbedingungen und Querschnittsthemen sexualpädagogischer Arbeit. Fachtag pro familia Fort- und Weiterbildung, Freitag, 14. November 2014, Frankfurt am Main. Online unter: [https://shop.profamilia.de/fileadmin/publikationen/Fachpublikationen/Sex-Pa\\_\\_d-Fachkra\\_\\_fte-150615.pdf](https://shop.profamilia.de/fileadmin/publikationen/Fachpublikationen/Sex-Pa__d-Fachkra__fte-150615.pdf) (Zugriff: 21.3.2017).
- Riccardo, Flavia / Dente, Maria Grazia / Kärki, Tommi / Fabiani, Massimo / Napoli, Christian / Chiarenza, Antonio / Rossi, Paolo Giorgi / Velasco Munoz, Cesar / Noori, Teymur / Declich, Silvia (2015) Towards a European Framework to Monitor Infectious Diseases among Migrant Populations: Design and Applicability. In: Int J Environ Res Public Health, 12(9), Seiten 11640–61.
- RKI (Hrsg.) (2008): Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Migration und Gesundheit. Berlin: Robert Koch-Institut. Online unter: [www.gbe-bund.de/pdf/migration.pdf](http://www.gbe-bund.de/pdf/migration.pdf) (Zugriff: 21.3.2017)
- RKI (2016): HIV-Jahresbericht 2015. In: Epidemiologisches Bulletin, 38, 407–430. Online unter: [https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2016/Ausgaben/38\\_16.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2016/Ausgaben/38_16.pdf?__blob=publicationFile) (Zugriff: 3.3.2017)
- Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: Orlanda-Frauenverlag.
- Rommelspacher, Birgit (2009): Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Claus / Mecheril, Paul (Hrsg.). Rassismuskritik, Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach: Wochenschau, Seiten 25–38.
- Santos-Hövenner, Claudia / Marcus, Ulrich / Koschollek, Carmen / Oudini, Hapsatou / Wiebe, Mara / Ouedraogo, Omer Idrissa / Thorlie, Adama / Bremer, Viviane / Hamouda, Osamah / Dierks, Marie-Louise / an der Heiden, Matthias / Krause, Gérard (2015): Determinants of HIV, viral hepatitis and STI prevention needs among African migrants in Germany: a cross-sectional survey on knowledge, attitudes, behaviors and practices. BMC Public Health 15(1). Online unter: <http://bmcpublichealth.biomedcentral.com/articles/10.1186/s12889-015-2098-2> (Zugriff: 3.3.2017).
- Sarma, Navina / Thorlie, Adama (2016): MiTest-Studie: Abschlussbericht 2016. Eine qualitative Studie zur Inanspruchnahme von HIV- und STI-Testangeboten durch Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Berlin: RKI. Online unter: [https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/H/HIVAIDS/Studien/MiTest-Studie/MiTest\\_Bericht\\_2016.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/H/HIVAIDS/Studien/MiTest-Studie/MiTest_Bericht_2016.pdf?__blob=publicationFile) (Zugriff: 3.3.2017).
- Sarma, Olivia (2014): Überlegungen zum Kulturbegriff für kultursensible Perspektiven in der (sexual)pädagogischen Arbeit. In: pro familia 2014, Seiten 17–19.
- UN (2015): Die Generalversammlung verabschiedet das folgende Ergebnisdokument des Gipfeltreffens der Vereinten Nationen zur Verabschiedung der Post-2015-Entwicklungsagenda: Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Online unter: [www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf](http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf) (Zugriff: 24.3.2017).
- von Unger, Hella / Klumb, Silke / Gangarova, Tanja / Wright, Michael T. (2011): Herausforderungen der HIV-Prävention für Migranten. Ergebnisse einer Befragung der Aidshilfen. In: Prävention und Gesundheitsförderung, 6(1), Seiten 19–26. Online unter: [www.hiv-migration.de/sites/default/files/publikationen/Herausforderungen%20der%20HIV-Praevension%20fuer%20Migranten%20-%20Ergebnisse%20einer%20Befragung%20der%20AH%202010.pdf](http://www.hiv-migration.de/sites/default/files/publikationen/Herausforderungen%20der%20HIV-Praevension%20fuer%20Migranten%20-%20Ergebnisse%20einer%20Befragung%20der%20AH%202010.pdf) (Zugriff: 3.3.2017)
- Zick, Andreas / Küpper, Beate (2011): Antisemitische Mentalitäten. Bericht über Ergebnisse des Forschungsprojektes Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland und Europa. Expertise für den Expertenkreis Antisemitismus. Berlin. Online unter: [www.bagkr.de/wp-content/uploads/kuepper\\_zick\\_antisemitismus\\_2011.pdf](http://www.bagkr.de/wp-content/uploads/kuepper_zick_antisemitismus_2011.pdf) (Zugriff: 8.2.2017).
- ZDM – Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V. (2014): Stellungnahme anlässlich des Holocaust-Gedenktages am 27.01.2014. Online unter: [zentralrat.de/23242.php](http://zentralrat.de/23242.php) (Zugriff: 8.2.2017).



---

## Vortragende und Organisation

### **Vortragende und Podium:**

Prof. Dr. Zülfukar Çetin,  
Alice Salomon Hochschule, Berlin/Universität Basel  
Hakan Celik,  
Violence Prevention Network e. V., Frankfurt  
Almuth Duensing,  
pro familia Landesverband Nordrhein-Westfalen  
Prof. Dr. Davina Höblich,  
Bundesvorstand pro familia  
Navina Sarma,  
Robert Koch-Institut, Berlin

### **Moderation:**

Hadija Haruna-Oelker, Journalistin,  
Frankfurt am Main

### **Tagungsreporter\_innen:**

Gürcan Kökgiran,  
Soziologe und Doktorand Helmut-Schmidt-Universität,  
Hamburg und wissenschaftlicher Mitarbeiter  
an der Hochschule Fulda  
Malin Scheurer,  
Sozialpädagogin und Mitarbeiterin des Jugendnetzwerkes  
Pia – pro familia in action, Berlin

### **Fachberatung:**

Perihan Öksüz,  
Offenbach

### **Dokumentation und Lektorat:**

Dr. Claudia Caesar,  
freie Lektorin

### **Projektleitung:**

Sigrid Weiser,  
pro familia Bundesverband



